



**Kommunalwahlprogramm der
AfD Frankfurt am Main
für die Wahlperiode 2021 – 2026**

Inhalt:

Vorwort	3
1. Haushalt und Finanzen	4
2. Recht, Ordnung, Sicherheit	8
3. Wirtschaft	10
4. Soziales	14
5. Schule und Bildung	18
6. Planen, Bauen und Wohnen	21
7. Verkehr	28
8. Kultur	34
9. Zuwanderung und Integration	37
10. Umwelt	40
11. Gesundheit	42
12. Sport	44
13. Verwaltungsreform und Bürgerbeteiligung	46

Vorwort

Dieses Wahlprogramm für die Wahlperiode von 2021 bis 2026 wurde in Zeiten der sogenannten „Corona-Krise“ beschlossen. Der für die Jahre 2020/21 beschlossene Doppelhaushalt für die Stadt Frankfurt am Main weist ein erhebliches Defizit aus und wird durch die wirtschaftlichen Einbußen, welche die „Corona-Krise“ mit sich bringt, zu einer milliardenschweren Verschuldung führen.

Die Stadt Frankfurt am Main steht anders als in der Vergangenheit wirtschaftlich und finanziell schlecht da. Eine katastrophal verfehlte Euro-Rettungspolitik, die kopflose „Energiewende“, die völlig verantwortungslose Asyl- und Flüchtlingspolitik der CDU-geführten Bundesregierung sowie die für die Wirtschaft verheerenden Beschlüsse im Rahmen der „Corona-Krise“ bringen für Frankfurt kaum lösbare Belastungen mit sich.

Die Alternative für Deutschland betrachtet diese Entwicklungen, die mit dem rapiden Verfall unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats einhergehen, mit großer Sorge. Sie wurde im Jahr 2013 als eine Bewegung von Bürgern aus der Mitte der Gesellschaft gegründet, die die Führung unseres Landes nicht länger einer zunehmend überforderten und nicht mehr an den Interessen des Gemeinwohls ausgerichteten politischen Klasse überlassen wollten. Heute präsentiert sich die AfD als die einzige wirkliche Opposition gegen eine - den Bürgern als „alternativlos“ verkaufte - Politik der etablierten Parteien, die Deutschland in den ökonomischen und kulturellen Ruin zu treiben droht.

Die AfD bekennt sich zu den christlichen und den aufklärerischen Wurzeln unserer Kultur und unseres Staates und ist entschlossen, diese gegen ihre Verächter in Politik und Medien zu verteidigen. Von Diffamierungen im Zeichen der „politischen Korrektheit“ lässt sich die AfD nicht einschüchtern, denn sie weiß das Recht und das Grundgesetz auf ihrer Seite. Die AfD steht für Freiheit und Selbstverantwortung, für gesundes Selbstbewusstsein und Heimatliebe, für direkte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für ideologiefreien Realismus und ökonomische Vernunft, für Bürgersinn und Tradition. Das aggressive Verhalten der etablierten Parteien gegenüber der AfD zeigt, dass diese den wunden Punkt bei ihnen getroffen hat.

Die AfD sieht sich als Rechtsstaatspartei und fordert mit Nachdruck die Einhaltung der geltenden Gesetze. Daraus folgend fordert die AfD u.a. die unverzügliche Beendigung aller unverhältnismäßigen, die persönliche und wirtschaftliche Freiheit einschränkenden Maßnahmen sowie des Massenzustroms größtenteils nicht integrierbarer, kulturfremder Zuwanderer in unser Land.

Gestützt auf diese Leitideen hat die AfD Frankfurt am Main dieses Kommunalwahlprogramm am 21. November 2020 für die Wahlperiode 2021 bis 2026 beschlossen.

1. Haushalt und Finanzen

Die AfD fordert mittel- bis langfristig einen ausgeglichenen Haushalt und Schuldenabbau durch Reduzierung überflüssiger Ausgaben. In Folge der aktuellen wirtschaftlichen Verwerfungen wegen der Corona-Pandemie ist eine Neuverschuldung unumgänglich, aber sie darf nicht zur massiven Veräußerung von städtischem Eigentum und Immobilien führen. Finanzielle Mittel müssen primär für die essenziellen Bereiche der Daseinsvorsorge bereitgestellt werden: Gesundheit, Bildung, Wohnen, Sicherheit und Infrastruktur. Die AfD fordert, sämtliche Subventionen der Stadt auf den Prüfstand zu stellen.

Mit Blick auf die auslaufende Wahlperiode wirft die AfD der Römer-Koalition aus CDU-SPD-GRÜNE unsoliden Wirtschaften vor und verweist darauf, dass seit dem Jahr 2017 sämtliche Ergebnishaushalte ein Defizit ausweisen und dies nach den - noch vor der Corona-Pandemie - erstellten Planungen bis zum Jahr 2023 so weiter gehen soll.

Ogleich Frankfurt zu den Städten mit dem höchsten Steueraufkommen pro Einwohner gehört und damit einen beneidenswerten Vorteil genießt, akzeptieren die genannten Parteien demnach sieben Jahre in Reihe HAUSHALTSDEFIZITE,

- die sich zum Gesamtbetrag von 953 Millionen Euro kumulieren und als Konsequenz
- sämtliche Rücklagen aufzehren bis hin zu einem Fehlbetrag von 181 Millionen Euro und zugleich,
- den Schuldenstand der Stadt auf über 3,5 Milliarden Euro aufblähen, was einer Verdoppelung gleichkommt.

Als AfD fordern wir ausgeglichene Ergebnishaushalte! Wenn schon nicht für jedes einzelne Jahr, so doch zumindest für die gesamte Wahlperiode 2021 bis 2026.

Hierzu fordern wir in erster Linie ein SPARKONZEPT, das darauf abstellt, die geplanten ordentlichen Aufwendungen bis zum Ausgleich der Defizite zu kürzen.

Das so definierte EINSPARZIEL liegt bei 3 bis 4 % der jeweiligen Jahreskosten. Für einen professionellen und soliden Kämmerer ist dies zweifelsohne ein moderates und machbares Ziel. Das AfD-Mitglied Albrecht Glaser hat es in den Jahren 1997 bis 2001 als Kämmerer der Stadt Frankfurt vorgemacht.

Zur Erzielung der notwendigen Einsparungen sieht die AfD zwei Ansatzpunkte:

1. Überprüfung sämtlicher Verwaltungsstrukturen und -prozesse auf Überbesetzung und Ineffizienzen.

Dabei geht die AfD durchaus davon aus, dass wir in Frankfurt über eine gut funktionierende und auch kosteneffiziente Verwaltung verfügen.

Gleichwohl gilt die alte Managementweisheit: „There is always room for improvement“. Deshalb sollte es in Anbetracht der desolaten Finanzlage möglich sein, einige Millionen einzusparen.

2. Überprüfung sämtlicher Haushaltspositionen auf Einsparpotentiale

Die wahren Verursacher der zu hohen Aufwendungen sitzen nicht in der Verwaltung, sondern in den Gremien der etablierten Parteien. Hier werden ohne das nötige Augenmaß zahlreiche kostspielige Vorhaben und Konzepte beschlossen, die in Anbetracht der Haushaltslage auf den Prüfstand gehören.

Solche Einsparpotentiale sieht die AfD vor allem in folgenden drei Bereichen:

I. Im Bereich der **Stadtentwicklung:** Hier wird unterstellt, dass die Stadt ein gewaltiges Bevölkerungswachstum ermöglichen muss und deshalb für zusätzlichen Wohnraum und zusätzliche Infrastruktur sowie zusätzliche Verwaltungskapazitäten zu sorgen hat. Die Aufwendungen und Investitionen für dieses **EXPANSIONSKONZEPT** stecken in vielen Haushaltspositionen und summieren sich zu gewaltigen Beträgen auf.

II. Im Bereich der „*Alles-wird-gratis-Politik*“, die OB Feldmann augenscheinlich zur Stärkung seiner Popularität betreibt.

III. Im Bereich der zahlreichen **links-grünen Zeitgeistprojekte.**

Zu I.: Einsparpotentiale im Bereich Stadtentwicklung

Die Bevölkerung Frankfurts soll von derzeit rund 750.000 Einwohnern bis zum Jahre 2040 auf rund 830.000 Einwohner, d.h. um ca. 11 Prozent, steigen.

Die hohen Aufwendungen und Investitionen zur Ermöglichung dieses Bevölkerungswachstums werden bislang damit gerechtfertigt, dass das Wachstum der Bevölkerung „*eine hohe Priorität*“ (Zitat aus dem Haushaltsvorbericht 2020/21) habe.

Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass in einem niedrigeren Bevölkerungswachstum der Schlüssel zu ausgeglichenen Haushalten liegt.

Genau dies ist der Ansatzpunkt für die AfD:

- Für die AfD gibt es kein Grundrecht auf Wohnen in Frankfurt und
- Bevölkerungswachstum ist kein Naturgesetz, sondern es kann und sollte gesteuert und begrenzt werden.

Da es um gewaltige Summen geht, reicht es vermutlich aus, das exzessive Wachstumskonzept auf eine moderate Lösung umzustellen, um allein über die dadurch mögliche Anpassung der Verwaltungs- und Investitionsausgaben die geplanten Haushaltslücken schließen zu können.

Zentrale Bedeutung hierfür hat die Reduzierung des Zuzugsdrucks nach Frankfurt im Rahmen des von der AfD im Kapitel 6.1.3 aufgezeigten 5-Punkte Programms.

Zu II.: Einsparpotentiale im Bereich der „Alles-wird-gratis-Politik“

Die Kreativität des Oberbürgermeisters Peter Feldmann scheint unbegrenzt: Die Liste seiner „Alles-wird-gratis-Projekte“ wird immer länger und kostspieliger.

Dies geht soweit, dass sich Vertreter von Nachbarkommunen darüber beschweren, dass Frankfurt sich auf Dauer Haushaltsdefizite leistet und zugleich solide wirtschaftende Kommunen mit seiner „Alles-wird-gratis-Politik“ unter Druck setzt.

Zu III.: Einsparpotentiale im Bereich der „links-grünen Zeitgeistprojekte“

In nahezu allen Produktgruppenhaushalten stecken mehr oder weniger bedeutsame Aufwandspositionen, die in einem Kontext zu Projekten stehen, die nichts mit Daseinsvorsorge zu tun haben, sondern allein darauf abzielen, links-grüne Vorhaben zu finanzieren respektive Partikularinteressen von Gruppen des links-grünen Meinungsspektrums zu befriedigen.

In Anbetracht der prekären Haushaltslage fordert die AfD deshalb, die vielen links-grünen Geldvernichtungsprojekte drastisch herunterzufahren.

Insbesondere gehören sämtliche Haushaltspositionen im Kontext

- Genderismus und überzogene Minderheitenbevorzugung,
- der unter den wohlklingenden Worten der Verteidigung der Demokratie („Kampf gegen Rechts“) betriebenen Finanzierung linker Projekte
- „Wir haben Platz“-Kampagnen statt Initiativen für eine restriktive Flüchtlingspolitik, sowie
- Klimaaktivismus

auf den Prüfstand.

Es ist unverantwortlich, für Derartiges Geld auszugeben und gleichzeitig einen gigantischen Schuldenberg von 3,5 Milliarden Euro zu Lasten unserer Kinder und Kindeskindern anzuhäufen.

Dies gilt umso mehr, da jetzt auch noch die finanziellen Folgen der Corona-Krise geschultert werden müssen. Die Höhe der zusätzlichen Ausgaben und die Ausfälle auf der Einnahmenseite sind heute noch nicht abschätzbar, aber es dürften etliche hundert Millionen Euro sein. All dies vor Augen ist der Zeitpunkt gekommen,

- von den überzogenen Wachstumsvorstellungen der Stadt abzurücken,
- sich für eine restriktive Flüchtlingspolitik einzusetzen, um das von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes so nie gedachte Massen Asyl zu beenden,

- die „Alles-wird-gratis-Politik“ ebenso zurückzufahren, wie die vielen grün-linksliberalen Moral- und Ideologieprojekte.

2. Recht, Ordnung, Sicherheit

Die AfD Frankfurt am Main steht für die Einhaltung und Durchsetzung von Recht und Ordnung. Der Entwicklung von sogenannten rechtsfreien Räumen tritt die AfD entschieden entgegen. Zur Ausübung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und der Bewegungsfreiheit zählt auch, dass niemand Angst davor haben muss, sich frei im Frankfurter Stadtgebiet rund um die Uhr bewegen zu können.

2.1 Polizei stärken statt diskreditieren

Auch in Frankfurt muss die uneingeschränkte Gleichheit aller vor dem Gesetz gelten. Der Entwicklung von rechtsfreien Räumen oder einer eigenen Rechtsprechung in Parallelgesellschaften ist im Rahmen kommunalpolitischer Möglichkeiten entschieden entgegenzutreten.

Wir fordern deshalb eine bestmögliche Ausstattung für die städtische Polizei und die Einstellung von neuen Polizeibeamten sowie eine insgesamt stärkere Präsenz in den einzelnen Stadtteilen. Die Polizei muss von bürokratischen Aufgaben entlastet werden. Die angedachte Schließung mehrerer Frankfurter Polizeiwachen lehnen wir ab und fordern stattdessen von der Landesregierung eine bessere Prioritätensetzung und angemessenere Ausstattung der Vollzugsbeamten.

Zur Umsetzung dieser Forderungen ist es erforderlich, dass die Politik den Sicherheitskräften deutlich den Rücken stärkt. Es kann und darf nicht länger sein, dass die Politik der Polizei in den Rücken fällt, wo konsequentes Durchgreifen nötig wäre. Sollten sich einzelne Polizisten nicht rechtskonform verhalten und gegen Recht und Gesetz verstoßen haben, sind diese im Rahmen des zu beschreitenden Rechtsweges bei einer Verurteilung ihrer Ämter zu entheben. Eine pauschale Vorverurteilung, wie sie vermehrt insbesondere aus linken Kreisen zu entnehmen ist, lehnen wir ab.

2.2. Mehr Prävention

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist eine Kernaufgabe unseres Staates. Sie garantiert ein friedliches Zusammenleben der Menschen in einer offenen und freien Gesellschaft, unabhängig von ihrer Herkunft und Religion. Sie ist Voraussetzung für Wohlstand, Freiheit und Demokratie. Daher darf es keine sogenannten „No-Go-Areas“ in Frankfurt geben.

Die AfD befürwortet die Einrichtung von Videoüberwachung an Plätzen, wo ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen zu verzeichnen ist, selbstverständlich nach vorheriger eingehender Überprüfung der polizeilichen Notwendigkeit. Die AfD spricht sich allerdings gegen eine anlasslose, flächendeckende Überwachung aus, die den zugesicherten Grundrechten unserer Verfassung zuwiderliefe.

2.3 Konsequenterer Verfolgung und Ahndung von Straftaten

Überlastete Polizei und Justiz, rechtsfreie Räume, Parallelgesellschaften und die Empfehlung der Politik, Türen und Fenster besser gegen Einbruch abzusichern, sind

ein Offenbarungseid auch unserer Stadtregierung. Eine Rechtsprechung mit dem Schwerpunkt Täterschutz statt Opferschutz ist ein weiteres Ergebnis einer unverantwortlichen Politik. Straftaten aufgrund religiöser und ethnischer Konflikte werden bisweilen nur äußerst unzureichend rechtlich verfolgt. Hier gilt es, alle der Stadt zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten zu nutzen, um das friedliche Zusammenleben der Stadtgesellschaft zu garantieren.

2.4 Jeglichen Extremismus bekämpfen

Die Gesellschaft, insbesondere Jugendliche, müssen über die Gefahren des Islamismus und des Linksextremismus ebenso aufgeklärt und sensibilisiert werden, wie dies augenblicklich und bereits in den letzten Jahrzehnten gegen den Rechtsextremismus praktiziert wurde. Vereinigungen, die sich – etwa in Form radikaler Hassprediger – gegen das Grundgesetz und damit gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung wenden, oder die gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind, müssen von den zuständigen Behörden verboten und konsequent strafrechtlich verfolgt werden. Dies gilt beispielsweise für die mittlerweile verbotenen „Lies“-Aktionen salafistischer Gruppen ebenso wie für Gewaltaktionen der Antifa.

2.5 Zuwendungen an Extremisten stoppen

Zuwendungen an Vereinigungen und Gruppierungen, die sich nicht eindeutig zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen und Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele eindeutig ablehnen, sind unverzüglich einzustellen. In diesem Zusammenhang fordert die AfD, auch die im städtischen Eigentum stehenden Liegenschaften einer der gesamten Stadtbevölkerung zugutekommenden Nutzung zuzuführen. Die Liegenschaften „In der Au 14 – 16“, das sogenannte „Klapperfeld“ sowie das „Café Exzess“ seien hier exemplarisch erwähnt.

3. Wirtschaft

Die AfD fordert, dass die wirtschaftliche Betätigung der Stadt sich ausschließlich an der Wohlfahrt ihrer Bürger orientiert. Bei der Förderung der Wirtschaft ist auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wirtschaft einerseits und Infrastruktur und Lebensqualität andererseits zu achten.

3.1 Qualitatives statt quantitatives Wachstum

Wirtschaftswachstum für die Stadt Frankfurt ist kein Wert an sich und insbesondere dann kritisch zu hinterfragen, wenn es um die großflächige Erschließung neuer Gewerbegebiete geht. Hier fordert die AfD in Anbetracht der Flächenknappheit, solche Unternehmen bzw. Arbeitsplätze zu bevorzugen, deren Zukunftsfähigkeit hoch eingeschätzt wird und die zugleich auch ein besonders hohes Steueraufkommen erwarten lassen und dabei auch noch die Umwelt und die Lebensqualität der Bevölkerung möglichst wenig beeinträchtigen. Im Rückblick lässt sich feststellen, dass stattdessen viel zu oft Quantität vor Qualität ging. Exemplarisch ist der raumunverträgliche exzessive Ausbau des Frankfurter Flughafens zu nennen.

Trotz der skizzierten Zurückhaltung bei der Erschließung neuer Gewerbeflächen betrachtet die AfD die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Frankfurt als eine ihrer Hauptzielsetzungen. Im Mittelpunkt stehen:

- Die Entlastung mittelständischer und kleiner Unternehmen sowie Existenzgründer durch Bürokratieabbau, dort wo die Stadt die rechtlichen Einflussmöglichkeiten hat.
- Die besondere Berücksichtigung von Unternehmen mit Zukunfts- und Forschungsschwerpunkten im Rahmen der von der Stadt betriebenen Wirtschaftsförderung.
- Die Forcierung des Ausbaus der digitalen Infrastruktur, aber auch des Ausbaus der Energieversorgung dort, wo diese z.B. wegen der zahlreichen Rechenzentren an ihre Grenzen stößt.
- Die stärkere Berücksichtigung der Mobilitätsbedürfnisse der Wirtschaft, da reibungslos funktionierende Lieferverkehre und Entsorgungstransporte sowie Geschäfts- und Servicefahrten und auch Einkaufsverkehre Voraussetzung für eine prosperierende urbane Wirtschaft sind.
- Die Begleitung und Mitgestaltung des Strukturwandels mit dem Ziel, die breite Durchmischung nach Branchen zu erhalten.
- Gleiches gilt für die gesunde Durchmischung von mittelständischen und von Großunternehmen.
- Die von der Stadt entsandten Aufsichtsräte sollen nicht ideologisch, sondern ausschließlich im Interesse der Stadt und des Unternehmens handeln. Als Negativbeispiel gilt das Verprellen der IAA durch OB Peter Feldmann.

3.2. Stärken-Schwächen-Analyse

Die Frankfurter Wirtschaft ist insgesamt gut aufgestellt was das Angebot an Arbeitsplätzen als auch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer belegen.

Eine übermäßige Abhängigkeit von einzelnen Branchen besteht glücklicherweise nicht, da die in Frankfurt ansässigen Unternehmen in den verschiedensten Bereichen wirtschaftlich aktiv sind. Gemessen an der Anzahl der Mitarbeiter ergab sich im Jahr 2018 im Branchen-Mix folgende Reihenfolge:

- Logistik (86.000) und Finanzdienstleistungen (76.000),
- Produzierendes Gewerbe (62.000),
- Consulting (66.000),
- Handel (35.000),
- Informations- und Telekommunikationswirtschaft (35.000) sowie
- Kreativ- und Kulturwirtschaft (30.000).

Trotz der guten Durchmischung können gleichwohl Probleme entstehen, wenn die Entwicklung in zukunftsweisenden Geschäftsfeldern (z.B. Ansiedelung von Rechenzentren) erschwert wird oder wenn ein Missverhältnis zwischen der Anzahl der Arbeitsplätze und den zur Verfügung stehenden Wohnungen, Schulen, Kindertagesstätten, Freizeiteinrichtungen und Verkehrsmitteln besteht.

Dies ist bereits der Fall: Für jeden Frankfurter Einwohner im arbeitsfähigen Alter stehen rechnerisch zwei Arbeitsplätze zur Verfügung. Die Folge sind 360.000 Pendler, die täglich nach Frankfurt kommen. Unabhängig davon ist eine zunehmende Diskrepanz zwischen gering- und hochbezahlten Arbeitsplätzen zu beobachten. Während hochbezahlte Arbeitskräfte in der Stadt problemlos Wohnungen finden, ist dies für geringer bezahlte Arbeitnehmer zunehmend schwieriger.

Probleme bestehen weiterhin in der Nahversorgung bestimmter Stadtteilen mit Waren des täglichen Bedarfs sowie Dienstleistungen.

Einige Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge dienen zunehmend weniger ihrer eigentlichen Aufgabe, sondern haben sich zu rein gewinnorientierten Unternehmen entwickelt. Sie dienen damit primär nicht mehr der Sicherstellung der Bedürfnisse der Bevölkerung, sondern nur noch der Generierung wirtschaftlicher Gewinne ihrer Anteilseigner. Beispiele hierfür sind die Müllentsorgung (FES) und der Flughafen (Fraport).

3.3. Verbesserungspotentiale

Die Stadt Frankfurt betreibt zwar eine recht erfolgreiche Wirtschaftsförderung, die jedoch einseitig auf die reine Unternehmensbetreuung ausgerichtet ist. Damit werden die Neugründung und Ansiedelung von Unternehmen direkt gefördert. Die indirekte Förderung über eine adäquate Gestaltung der erforderlichen Infrastruktur steht weniger im Fokus. Es scheint, als ob es der Stadt hier ausschließlich um die

Generierung möglichst hoher Gewerbesteuer gehe ohne angemessene Teile davon in die erforderliche Infrastruktur zu investieren.

In der Vergangenheit wurden viele Eigenbetriebe der Stadt oder Unternehmen der öffentlichen Hand in selbständige Gesellschaften – Aktiengesellschaften oder GmbHs – umgewandelt. Diese Unternehmen wurden damit zum einen zunehmend der Kontrolle des Stadtparlaments entzogen, zum anderen ist die jeweilige Geschäftsführung nicht mehr der Kommune oder dem Allgemeinwohl verpflichtet.

Exemplarisch hierfür ist der Flughafen Frankfurt: Der nicht vorhersehbare extreme Einbruch aufgrund der Corona-Krise hat schlagartig aufgezeigt, dass der Slogan vom „Flughafen als Herzmuskel und Jobmotor der Region“ von Anbeginn eine gezielte Übertreibung war, um die raumunverträgliche Expansionsstrategie (Neue Landebahn, Terminal 3) durchzusetzen. Tatsache ist, dass der Flughafen ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedelung von Unternehmen ist. Wahr ist aber auch, dass dessen Größe schon lange keine Rolle mehr spielt, da es auch ohne neue Landebahn bereits mehr als genügend Möglichkeiten gibt, von hier in die Welt und von dieser hierher zu gelangen. Somit ist der Preis für die unmittelbar am Flughafen zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze – meist im Niedriglohnsektor im Bereich Flugabfertigung und Ladenzeilen - sehr hoch und zwar deshalb, da diese den Betrieb einer raumunverträglichen Landebahn zu Voraussetzung haben mit der Konsequenz, dass die Gesundheit und die Lebensqualität zigtausender Anwohner massiv beeinträchtigt werden.

Dies vor Augen sieht die AfD die Corona-Krise im Kontext Flughafen als Chance und fordert, die Flughafenexpansion am Standort Frankfurt (nicht den Flughafen selbst) kritisch zu hinterfragen und von der exzessiven Expansionsstrategie hier in Frankfurt abzurücken. Die Expansion des Flughafenbetreibers in den weltweit operierenden Geschäftsfeldern wird die Einschränkungen am Standort Frankfurt mehr als kompensieren.

3.4. Strategie und Maßnahmen

Unabhängig von der Förderung eines stark diversifizierten Branchenmix ist darauf zu achten, dass die Stadt bei der Weiterentwicklung des Gewerbestandes sich verstärkt auf zukunftsorientierte Bereiche konzentriert. Beispielhaft sind hier forschungsintensive Unternehmen in den Sektoren Mobilität, Automobiltechnik, Medizintechnik, Chemie, Pharmazie und Biotechnologie zu nennen.

Die zahlreichen Rechenzentren betrachtet die AfD als zentralen Standortfaktor und fordert deshalb einen speziellen Masterplan für die aktive Ansiedelung weiterer Rechenzentren. Dabei sollte die bedarfsgerechte Steigerung der Leistungsfähigkeit der Infrastruktur im Bereich Strom und Internetanschluss einen hohen Stellenwert haben, da hier ansonsten eine Überforderung droht. Ein weiterer Aspekt sollte die aus Umweltgründen gebotene Nutzung der enormen Abwärme sein, die in Rechenzentren freigesetzt wird.

Im Übrigen fordert die AfD, stärker als bislang, auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wirtschaft einerseits und Infrastruktur und Lebensqualität andererseits zu achten. Wirtschaftswachstum ist für die AfD kein Wert an sich und kann daher auch kein Planungsziel für eine Kommune sein. Vielmehr sind alle wirtschaftlichen Aktivitäten im Hinblick auf deren Bedeutung für die Bevölkerung zu bewerten.

Dabei hat die nachhaltige Ertragskraft von Unternehmen und das damit verbundene Steueraufkommen zweifelsohne ein großes Gewicht. Gleichwohl sind unter diesem Aspekt aber auch solche wirtschaftlichen Aktivitäten zu fördern, die zwar möglicherweise keine oder nur geringe Gewerbesteuererinnahmen generieren, jedoch von großer Bedeutung für die Wohnbevölkerung sind. Beispielhaft sind hier kleine und mittlere Unternehmen in den Ortsteilen zu nennen, die sowohl für die Nahversorgung der Bevölkerung als auch für die Bereitstellung wohnortnaher Arbeitsplätze von Bedeutung sind. Diese müssen durch Beseitigung hinderlicher Regulierungsmaßnahmen (z.B. Parkbeschränkungen, Auflagen etc.) erhalten und gefördert werden. Neuansiedlungen kleinerer Betriebe sollen durch entsprechend gestaltete Bebauungspläne, Baugenehmigungen und Erhaltungssatzungen unterstützt werden.

Soweit sich die Stadt Frankfurt selbst wirtschaftlich betätigt, muss sie sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, d.h. auf jene Betriebe, die der kommunalen Daseinsvorsorge dienen. Zu nennen sind hier die Bereiche Wohnen, Ver- und Entsorgung, Gesundheit und Verkehr. In manchen dieser Bereiche ist eine Rekommunalisierung ernsthaft zu erwägen, um eventuelle Kosteneinsparungen oder besseren Service (z.B. ortskundige Busfahrer) zu realisieren.

In jedem Fall muss die Unternehmensführung durch das Stadtparlament kontrolliert werden. Kommunale Betriebe, die der Daseinsvorsorge dienen, können nicht gleichzeitig als rein gewinnorientierte Unternehmen geführt werden. Die fatalen Folgen dieser Strukturen werden vor allem im Krankenhausbereich deutlich.

4. Soziales

Die AfD bekennt sich zum Leitbild von Ehe und Familie (Art. 6 GG) sowie zu Elternrechten. Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, Ehe und Familie zu schützen und zu fördern. Die Kinderbetreuung ist zu verbessern und auszubauen. Dabei sollte eine Gleichbehandlung von Kindertagesstätten und Tagesmüttern angestrebt werden. Die partizipative Altersplanung muss fortgeschrieben werden, um auch älteren Bürgern die Teilhabe am Stadtleben zu ermöglichen.

Die im sozialen Bereich getätigten Ausgaben bedürfen eines strikten Controllings, welches eine Erfolgs- oder Qualitätskontrolle einschließt oder gar betrügerische Machenschaften von Unternehmen und Verbänden im Bereich der Asyl- und Sozialindustrie (Beispiel AWO) ausschließt.

Rund ein Drittel des städtischen Gesamtetats werden für „soziale Belange“ ausgegeben. Ein hoher Sozialetat ist dabei kein Anzeichen für eine sozial gut funktionierende Gesellschaft, sondern vielmehr ein Beleg für einen Staat, der seine Bürger in Abhängigkeit hält. Auf staatliche Hilfen angewiesen zu sein, ist keine Schande, aber ein ernstzunehmendes Zeichen für die persönliche Abhängigkeit vom Staat und damit Unfreiheit. Der Staat wiederum degeneriert so zum „Reparaturbetrieb“ für eine dysfunktionale Gesellschaft.

Die Sozialausgaben in Frankfurt sind von zwei maßgebenden Faktoren geprägt: den sogenannten „Pflichtleistungen dem Grunde nach“, bei denen sich aufgrund von Bundesgesetzgebung ein unmittelbarer Rechtsanspruch der Hilfsbedürftigen ableiten lässt und den „freiwilligen Leistungen“ der Stadt, welche Vereinen, Sozialträgern, aber auch Hilfsbedürftigen selbst zu Gute kommen. Als Beispiel gilt der sogenannte „Frankfurt Pass“ für Menschen mit sehr niedrigem oder gar keinem Einkommen.

Gerade in Zeiten der „Corona-Pandemie“ ist klar geworden, wie wichtig es ist, in Not geratene Menschen zu unterstützen und welche herausragende Rolle dem familiären Zusammenhalt sowie dem privaten freundschaftlichen Miteinander beizumessen ist.

Dies vor Augen zählen folgende Schwerpunkte zum Kern unserer Sozialpolitik:

4.1. Bedarfsgerechte Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen im Wohnquartier

Kinderbetreuung ist für viele Familien ein zentrales Problem. Es fehlen nicht erst seit der „Corona-Krise“ flächendeckend Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, wobei es je nach Stadtteilen erhebliche Unterschiede gibt. In manchen Stadtteilen ist die Anzahl der Kinderbetreuungsplätze geringer als die Nachfrage. Eltern müssen deshalb teilweise ihre Berufstätigkeit aufgeben oder erhebliche Umwege zur Unterbringung der Kinder auf sich nehmen.

Insgesamt ist die derzeitige Betreuungssituation, insbesondere der unter Dreijährigen, vielerorts nicht zufriedenstellend. Laut einer IHK-Studie liegt Frankfurt im Ranking der Metropolregionen in der unteren Hälfte und deutlich hinter den Spitzenreitern „Mitteldeutschland“ und „Berlin-Brandenburg“. Die AfD fordert deshalb mit Nachdruck den Bau zusätzlicher Einrichtungen, um die Betreuungssituation in Frankfurt deutlich zu verbessern.

Dabei begrüßt die AfD, wenn Unternehmen für ihre Mitarbeiter eigene Kindertagesstätten einrichten und fordert, dass die öffentliche Hand solche Konzepte mit steuerlichen und sonstigen Anreizen unterstützt.

Ursache der mangelnden Kinderbetreuung ist jedoch nicht nur die unzureichende Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten! Oftmals ist es auch der Mangel an Betreuungspersonal, was auch damit zusammenhängt, dass sich Erzieher aufgrund der geringen Entlohnung ein Leben (vor allem ein Wohnen) in Frankfurt finanziell nicht mehr leisten können. Deshalb zählt die AfD Erziehungskräfte zu dem Personenkreis, der bei der Vergabe von geförderten Wohnungen oder bei Personalwohnungen favorisiert werden soll (siehe hierzu Punkt 6.4.3).

Ursache für die ungleiche Verteilung der Kinderbetreuungsplätze ist im Übrigen zu einem Großteil eine unzureichende Planung und Umsetzung durch das zuständige Dezernat. Verschärft wird das Problem teilweise dadurch, dass Einrichtungen geschlossen werden, weil die Räumlichkeiten anderweitig benötigt werden.

Ein weiterer Aspekt ist die Entlohnung der Erziehungskräfte durch die jeweiligen Träger der Einrichtungen. Hier fordert die AfD, dass die Stadt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für verlässliche Tarifverträge und vor allem für eine bessere Vergütung einsetzt.

4.2 Fokussierung auf Familien mit Kindern

Die AfD vertritt die Auffassung, dass die Familie die Keimzelle und das Fundament unserer Gesellschaft und Kultur ist. Sie ist die einzigartige Gemeinschaft, in der für unser gesellschaftliches Zusammenleben so wichtige und unabdingbare Werte wie Fürsorge, Liebe und Solidarität, Respekt und Menschlichkeit vermittelt werden. Zudem ist eine ausreichende Anzahl von Kindern von zentraler Bedeutung für die demographische Entwicklung und somit den Fortbestand unseres Volkes sowie die Funktionsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme. Die derzeit zu geringen Geburtenzahlen sind über Zuwanderung nicht zu kompensieren.

Die Ehe verleiht der Familie Verlässlichkeit und Stabilität. Im Einklang mit unserer verfassungsmäßigen Ordnung bekennen wir uns daher zum Leitbild von Ehe und Familie (Art. 6 GG) sowie zu Elternrechten. Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, Ehe und Familie zu schützen und zu fördern.

Die AfD möchte „Mut zur Familie“ mit Kindern machen. Deshalb setzen wir uns für eine gezielte gesellschaftliche Aufwertung des Erfolgsmodells Familie und der Rolle der Mutter ein. Versuche, Ehe und Familie durch das sogenannte „Gender Mainstreaming“ oder durch andere ideologisch motivierte Eingriffe in volkserzieherischer und damit bevormundender Absicht zu schwächen, lehnt die AfD entschieden ab. Dies gilt vor allem in Bezug auf Kinder im Vorschulalter.

Wie zuvor dargelegt setzt sich die AfD für die bedarfsgerechte Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen ein. Gleichwohl darf es zu keiner Ungleichbehandlung von Kindertageseinrichtungen und Tagesmüttern kommen. Die AfD fordert deshalb, solche Betreuungsmodelle durch Zuschüsse zu unterstützen und vor allem auch die Tagesmütter bürokratisch zu entlasten.

Es ist das Recht und die Pflicht der Eltern, für ihre Kinder zu sorgen. Dies beinhaltet auch Wahlmöglichkeiten der Eltern bei Kinderbetreuung und Schulbildung. Der Staat

darf sich nur in begründeten Ausnahmefällen in familiäre Angelegenheiten einschalten, beispielsweise zum Zwecke des Jugendschutzes.

Wir unterstützen die Familie auch deshalb, weil sie für eine Kultur steht, in der menschliches Leben in allen seinen Phasen geschützt wird. Kinder sichern die Zukunft unserer Gesellschaft. Der Staat hat die Pflicht, Bedingungen zu schaffen, die ein Ja zum Kind ermöglichen und fördern. Da bereits seit über 40 Jahren die Geburtenrate viel zu niedrig ist, muss der Staat wirksame Anreize setzen. Neben einer finanziellen Stärkung der Familien durch steuerliche Vorteile muss das Familienbild auch mit den Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit gezielt aufgewertet werden. Ziel ist, dass Familien mit Kindern in allen Bereichen der Öffentlichkeit Wertschätzung erfahren. Dafür sind alle der Stadt zur Verfügung stehenden Mittel und Wege zu nutzen.

Elternschaft sollte zu gesellschaftlichem Ansehen führen und darf nicht länger als karrierehemmender Ballast dargestellt werden. Vielmehr soll gezielt für das Positive und Erfüllende einer Mutter-Vater-Kinder-Beziehung geworben werden.

4.3 Lebenswerte Stadt für Senioren

Die demographische Entwicklung sollte nicht nur als Problem wahrgenommen werden, sondern auch als Chance, da sich ältere Menschen mit ihrer reichen Erfahrung in das gesellschaftliche Leben einbringen können. Das Engagement der älteren Generation ist wichtig und erwünscht. Gerade die Senioren können der jungen Generation Erfahrungswissen vermitteln, Halt und Orientierung geben und Kontinuität, soziale Geborgenheit und Sicherheit vermitteln.

Andererseits ist bei kommunalen Angeboten darauf zu achten, dass diese zunehmend von Senioren in Anspruch genommen werden. Neben seniorengerechten öffentlichen Einrichtungen und Geschäften ist die seniorengerechte Ausstattung von Wohnungen von besonderer Bedeutung. Dazu gehört die Förderung der unterschiedlichen Formen des gemeinschaftlichen Wohnens, z.B. Mehrgenerationenhäuser. Die AfD fordert daher den Ausbau und die Fortschreibung der partizipativen Altersplanung in Frankfurt.

4.4 Bessere Steuerung und Überwachung von Unternehmen und Verbänden im Bereich der Asyl- und Sozialindustrie

Die Affäre um die Arbeiterwohlfahrt und ihre teilweise kriminellen Machenschaften hat gezeigt, dass ein effizientes und zielorientiertes Controlling städtischer Vergabe- und Zuschussämter dringend erforderlich ist. Für alle neu einzurichtenden Institutionen und Projekte mit Zuschussbedarf durch die Stadt sind der Handlungsbedarf, die Aufgabengestaltung und die Kriterien einer strikten Erfolgskontrolle festzulegen. Insbesondere sind vorab Zielvereinbarungen zu treffen, deren Zielerreichung in regelmäßigen Abständen, und insbesondere vor der Gewährung von weiterem Zuschussbedarf, kontrolliert wird.

4.5 Fokussierung auf sog. Pflichtleistungen wegen defizitärer Ergebnishaushalte und Überschuldung

Die Leistungen der Stadt müssen sich gerade jetzt, in Zeiten knapper Mittel, auf die sogenannten Pflichtleistungen dem Grunde nach beschränken. Freiwillige Leistungen der Stadt über das gesetzliche Maß hinaus gehören in Anbetracht defizitärer Ergebnishaushalte und der enormen Überschuldung der Stadt auf den Prüfstand. Streichungen und Kürzungen sind im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt bis auf begründete Ausnahmefälle unvermeidlich.

Hinzu kommt, dass speziell im sozialen Bereich, aber nicht nur hier, Mittel ohne jede Erfolgs- oder Qualitätskontrolle ausgegeben werden. So richtete der Magistrat im Amt für multikulturelle Angelegenheiten eine „Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule und Transgender“ ein, ohne deren Aufgabenstellung zu konkretisieren und zugehörige Kosten und Kennzahlen für die Erfolgskontrolle festzulegen.

5. Schule und Bildung

Die AfD fordert einen konsequenten Ausbau der Schulinfrastruktur ein, der sich am tatsächlichen Bedarf orientiert, ohne Bevorzugung bestimmter Schulformen. Die anstehenden Sanierungs- und Neubaumaßnahmen sind schnell, gezielt und unbürokratisch umzusetzen.

5.1 Investitionsstau zügig beheben

Die politischen Versäumnisse der Vergangenheit haben an vielen Frankfurter Schulen zu katastrophalen baulichen und hygienischen Mängeln geführt. Dabei ist ein massiver Investitionsstau in Milliardenhöhe zu verzeichnen. Mit den Corona-Maßnahmen wurde dieser Investitionsstau noch verstärkt, sodass Renovierungen oder Sanierungen von Schulen noch dringlicher werden.

Wir fordern daher die Umsetzung anstehender Sanierungs- und Neubaumaßnahmen sowie einen am tatsächlichen Bedarf orientierten Ausbau der Schulinfrastruktur. Dabei respektieren wir den Elternwillen nach mehr Gymnasien und plädieren für ihren Ausbau, deren Bedarf wir insbesondere im Norden und Osten Frankfurts sehen. Das Vergabeverfahren von Gymnasialplätzen muss hierbei transparent sein. Bei der Entscheidungsfindung sind daher in erster Linie Gymnasialempfehlung und Zeugnisnoten heranzuziehen.

5.2 Schulen in Zeiten von Corona

Durch Corona bedingt setzen Schulen, neben anderen Hygieneregeln, auf ein regelmäßiges Lüften der Klassenräume. Das von den Kultusministern vorgelegte Lüftungskonzept ist jedoch mangelhaft und in der kalten Jahreszeit kaum umsetzbar. Darüber hinaus reicht ein kurzes Stoßlüften nicht, um die Viruslast in einem nennenswerten Umfang zu reduzieren. Wir fordern daher den Einsatz von HEPA-Luftfilteranlagen der Klasse H13 und H14 in Klassenräumen. Je nach Gerät pro Klassenzimmer betragen die Anschaffungskosten dabei zwischen 1.000 und 3.000 Euro.

Insbesondere vor dem Hintergrund des dargestellten Investitionsstaus, erachten wir dies als eine wichtige Investition in die Gesundheit und Bildung unserer Schüler in Frankfurt. Dies bedeutet aber keineswegs, dass auf zusätzliche Maßnahmen wie die AHA-Regel verzichtet werden soll. Für gründliches Lüften sehen wir jedoch die Pausen vor, da so unnötige Unruhe und Lernzeitverlust vermieden werden kann.

5.3 Digitalisierung – aber nicht als Selbstzweck

Die erste Phase des Schulbetriebs unter Corona-Bedingungen hat gezeigt, dass es an vielen Schulen an der digitalen Infrastruktur und dem Wissen im Umgang mit Medien mangelt. Wir unterstützen daher den planvollen Einsatz digitaler Medien als Ergänzung zum Präsenzunterricht. Da wir die Digitalisierung aber nicht als Selbstzweck betrachten, darf diese nicht das Schreiben als Kulturtechnik ersetzen. Das Lernen mit digitalen Medien bietet sich vielmehr als Vorbereitung auf den

Unterricht an. Auch im Rahmen vertiefender Angebote wie Schul-AGs oder im Nachhilfebereich sehen wir vielseitige Einsatzmöglichkeiten.

5.4 Freiheit der Grundschulwahl

Den Elternwillen möchten wir auch in Bezug auf die Grundschulwahl stärken. Da Kinder einzigartig sind, ist die Antwort auf die Frage, welche Schule für das eigene Kind die geeignetere Wahl ist, stets individuell zu betrachten. Zukünftige Schulkinder bekommen jedoch regelhaft einen Platz an der Grundschule, in deren Schulbezirk sie leben. Häufig wünschen sich Eltern jedoch eine andere Schule für ihr Kind. Wir fordern daher, das Prinzip der festen Grundschulzuweisung zugunsten einer flexibleren geographischen Handhabung aufzugeben.

5.5 Stärkung des differenzierten Schulsystems

Unser bildungspolitisches Ziel ist ein auf dem Leistungsprinzip beruhendes Schulsystem, das Aufstiegsmöglichkeiten für alle Schüler ermöglicht. Wir möchten Leistungsbereitschaft anerkennen und fördern, da Leistung wesentlich ist, um Gerechtigkeit zu schaffen. Jedes Kind verfügt dabei über Begabungen und Befähigungen, die sich von Kind zu Kind unterscheiden.

Um diesen Unterschieden gerecht zu werden, befürworten wir das dreigliedrige Schulsystem, das die unterschiedlichen Leistungsvermögen der Schüler berücksichtigt und ihre individuellen Bedürfnisse unterstützt.

5.6 Illusion Inklusion – Beibehaltung der Förderschulen

Die 2006 verabschiedete UN-Behindertenkonvention hatte zum Ziel, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Regelschule besuchen dürfen. Zwischen den politischen Vorstellungen und der Schulrealität klaffen jedoch oftmals pädagogische Welten. Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf benötigen eine zeitintensive Förderung und Betreuung, die eine Schule mit Regelbetrieb im Normalfall nicht leisten kann.

Die anfängliche Begeisterung über den Inklusionsgedanken ist daher Ernüchterung gewichen. Besonders bezuschusste pädagogische Konzeptionen wie das der Inklusion, sind daher kritisch zu hinterfragen, da die Umsetzung in vielen Schulen weder auf den Förderbedarf des Einzelnen noch auf die Integrationsfähigkeit von Regelklassen Rücksicht nimmt. Für eine funktionierende Inklusion fehlt ferner meist auch das Lehrpersonal.

Förderschulen müssen daher erhalten und ausgebaut werden, um für jedes Kind mit Förderbedarf die geeignete Schule zu finden.

5.7 Aufwertung der beruflichen Bildung

Die berufliche Bildung ist wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Sie sichert die Summe an zukünftigen Fachkräften und fördert die Jugendbeschäftigung. Damit leistet sie einen wesentlichen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs in Deutschland. Das deutsche System der beruflichen Bildung mit seiner dualen Berufsausbildung muss daher gerade in Zeiten der Inflation von akademischen

Abschlüssen mit geringen Zukunftsaussichten und steigenden Studentenzahlen gestärkt werden.

Aus dieser Perspektive kann es bei der Frage nach der Aufwertung von Berufsschulen nicht allein um bessere materielle Ausstattung oder Digitalisierung gehen. Wir halten eine stärkere regionale Präsenz der Frankfurter Berufsschulen für wichtig und möchten dies in regionalen Netzwerken stärken sowie die regionale Verzahnung von Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen fördern.

Wir unterstützen daher auch das Konzept von regionalen Berufsbildungszentren, sodass sich berufsbildende Schulen durch eine eigene Profilbildung, sei es durch berufliche Schwerpunktbildung oder durch besondere Angebote in der Weiterbildung, auf den regionalen Arbeits- und Bildungsmärkten stärker positionieren können.

6. Planen, Bauen und Wohnen

Die AfD fordert die Abkehr von der Maxime des Bevölkerungswachstums mit Verweis auf den ohnehin schon vorhandenen Dichtestress und fordert ein 5-Punkte-Programm zur Reduzierung des Zuzugsdrucks. Zugleich fordert sie mehr Bürgerbeteiligung und eine stärkere Gewichtung von Umweltbelangen beim Ausweis von Wohn-, Büro- und Gewerbeflächen. Wichtig ist ihr auch die Revitalisierung der Innenstadt und von Stadtteilzentren. Im Wohnungsbau geht es ihr um einen angemessenen Ausgleich der Interessen von Besser-, Normal- und von Geringverdienern allerdings mit einem Fokus auf bezahlbarem Wohnraum. Dabei fordert die AfD bei der Vergabe von gefördertem Wohnraum eine Favorisierung jener Fachkräfte, die für die soziale und technische Infrastruktur der Stadt besonders wichtig sind.

6.1 Abkehr von der Maxime Bevölkerungswachstum

Nahezu alle anderen Parteien stehen für ein Stadtentwicklungskonzept, welches auf ein massives Bevölkerungswachstum abstellt. Dabei wird unterstellt, dass das Wachstum der Bevölkerung eine „hohe Priorität“ habe und man für Zuzügler ausreichend Wohnraum und zusätzliche Infrastruktur schaffen müsse. Zur Finanzierung des Wachstumskonzepts müssen enorme Beträge aufgewendet werden, die in vielen Haushaltspositionen enthalten sind. Dabei geht es nicht nur um Investitionen, sondern auch um kostspielige Verwaltungskapazitäten, die zur Umsetzung dieses Wachstumskonzepts vorgehalten werden müssen.

Die AfD fordert hingegen ein Konzept, das auf Megaprojekte wie die „Josef-Stadt“ verzichtet und den Schwerpunkt mehr auf Arrondierung und Optimierung setzt, und dabei vorrangig die Interessen der ansässigen Bevölkerung im Auge hat. Dabei verweist die AfD auf den ohnehin schon gegebenen Dichtestress: Die Infrastruktur ist überlastet, es mangelt an Schulen und Kindertagesstätten, Bauland und Wohnen wird immer teurer. Insgesamt wird es enger und die Lebensqualität nimmt immer mehr ab.

Hinzu kommt die besorgniserregende Überschuldung der Stadt, die zu einem guten Teil mit der Finanzierung und den Folgen des überzogenen Wachstumskonzepts zusammenhängt. Vor allem wegen des geplanten Wachstums werden in den Jahren 2017 bis 2023, also über 7 Jahre hinweg, Haushaltsdefizite akzeptiert, die sämtliche Rücklagen aufzehren und den Schuldenstand auf über 3,5 Milliarden Euro verdoppeln. Da nun auch noch die Corona-Effekte hinzukommen, ist der Handlungsspielraum der Stadt massiv eingeschränkt und deren Zukunftsfähigkeit ernsthaft bedroht.

6.1.1 Wir haben wenig Platz für Bevölkerungswachstum

Grundsätzlich sind die Flächen der Stadt begrenzt und nicht vermehrbar. Diese banale Tatsache wird von fast allen Politikern ignoriert; vielmehr wird immer von der „wachsenden Stadt“ gesprochen und sämtliche Probleme, die mit einer wachsenden Bevölkerungszahl zwangsläufig verbunden sind, einfach ausgeblendet.

Jede Fläche, die einer neuen Nutzung zugeführt werden soll – z.B. für Wohnbebauung – muss hierzu einer anderen Nutzung entzogen werden. Da die einzelnen Nutzungen – Wohnen, Gewerbe, Verkehr, Grünflächen – in einem ausgewogenen Verhältnis zueinanderstehen müssen, lassen sich die Nutzungen auch nicht beliebig austauschen. Jede zusätzliche Wohnbebauung erfordert auch zusätzliche Verkehrs- und Freiflächen sowie Flächen für Infrastruktureinrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten.

Für die AfD ist die kontinuierliche Zunahme der Bevölkerung, wie sie von den meisten Parteien gefordert wird, kein Planungsziel, da sie nur über eine Reduzierung der Lebensqualität derer erreichbar ist, die bereits heute in Frankfurt wohnen. Dies wurde in der Vergangenheit an zahlreichen Konflikten bei Planungsvorhaben erkennbar, z.B. der Nachverdichtung in Wohngebieten mit Wegfall von grünen Innenflächen oder der geplanten Umwandlung von Kleingärten in Wohngebiete. Ziel jeder Stadtplanung muss es daher sein, primär die Lebensqualität der in Frankfurt wohnenden Bevölkerung zu verbessern.

6.1.2 Ursachen und Schattenseiten von Bevölkerungswachstum

Wichtigste Ursache des Zuzugs von Menschen nach Frankfurt ist der Arbeitsmarkt. Die Stadt ist nach wie vor als Wirtschaftsstandort sehr attraktiv, d.h. es gibt ein großes Angebot an Arbeitsplätzen – rein rechnerisch für jeden Frankfurter im arbeitsfähigen Alter knapp 2 Arbeitsplätze. Im Übrigen ist es das Planungsziel der meisten Parteien, Frankfurt als Wirtschaftsstandort attraktiv zu erhalten und die Neuansiedlung und Expansion von Unternehmen zu fördern. Grund hierfür sind die mit dem Zuzug von Unternehmen verbundenen Gewerbesteuerereinnahmen. Tatsächlich verfügt die Stadt Frankfurt – bezogen auf die Bevölkerung – über die mit Abstand höchsten Gewerbesteuerereinnahmen in Deutschland (noch weit vor München oder Düsseldorf).

Auch wenn diese Entwicklung vor allem aus Sicht eines Stadtkämmerers grundsätzlich als positiv zu bewerten ist, so hat sie gleichwohl ihre Schattenseiten: Wegen der hohen Anzahl von Arbeits- und Studienplätzen pendeln täglich mehr als 360.000 Menschen nach Frankfurt, was zu erheblichen Verkehrsproblemen führt. Zugleich kommt es zu einer hohen Anzahl von Wohnungssuchenden, weil vor allem Menschen mit schlechten Pendelbedingungen gerne zum Arbeitsplatz ziehen. Der Druck auf den Wohnungsmarkt lässt seit Jahren die Preise für Mieten und Immobilien steigen und führt zu Verdrängungseffekten.

Auch die AfD verfolgt die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Frankfurt. Gleichwohl unterscheidet sich die AfD von IHK-Forderungen und von den Hypothesen anderer Parteien dadurch, dass sie die Notwendigkeit eines ungezügelter Bevölkerungswachstum in Frage stellt und stattdessen den Aspekt der gezielten Steuerung und Begrenzung der Zuzüge nach Frankfurt zum Bestandteil ihres Stadtentwicklungskonzepts macht. Wegen der skizzierten Schattenseiten eines ungezügelter Bevölkerungswachstums fordert die AfD die Begrenzung der Zuzüge als Alternative zum Konzept der unbegrenzt wachsenden Stadt.

6.1.3 Ein 5-Punkte Programm zur Reduzierung des Zuzugsdrucks:

Zur Reduzierung des Zuzugsdrucks fordert die AfD ein 5-Punkte Programm:

I. Mehr Selektion bei der Ansiedelung von Arbeitsplätzen: Da die Fläche von Frankfurt nicht vermehrbar und deshalb der Platz für neue Gewerbe- und Bürobauten knapp ist, fordert die AfD künftig konsequent nur noch solche Arbeitsplätze auf der knappen Fläche anzusiedeln, die einerseits ein besonders hohes und nachhaltiges Steueraufkommen erwarten lassen und die andererseits zugleich die Umwelt und die Lebensqualität der Bevölkerung möglichst wenig beeinträchtigen: Also Qualität geht vor Quantität.

Ein Negativbeispiel ist der massive Flughafenausbau (neue Landebahn, Terminal 3), der sich völlig unverhältnismäßig zu Lasten der Lebensqualität und der Gesundheit der Bevölkerung auswirkt. Die drastischen durch Corona bedingten Einbrüche zeigen nun auf, in welchem Ausmaß leichtfertig auf Basis viel zu optimistischer Prognosen raumunverträgliche Überkapazitäten geschaffen wurden.

II. Mehr Arbeitsplätze in die Provinz verlegen: Da die Menschen zum Arbeitsplatz ziehen, sollten mehr Arbeitsplätze aus Frankfurt heraus in die Provinz verlagert werden. Auch dadurch lässt sich der Zuzugsdruck reduzieren.

Besonders geeignet sind „computeraffine“ Arbeitsplätze, am besten in Kombination mit „Home-Office-Arbeitsplätzen“. Dank Corona wissen wir, dass dies erfolgreich praktiziert werden kann.

Die viel beschworene Stärkung des ländlichen Raumes wäre ein positiver Nebeneffekt. Wie wichtig und notwendig dies ist, zeigt die vielerorts zu beobachtende Verödung ganzer Gegenden.

III. Neue und bessere Verkehrslösungen: Drittens fordert die AfD neue und bessere Verkehrslösungen zur Erleichterung des Pendelns, denn wer komfortabel pendeln kann, neigt weniger dazu, zum Arbeitsplatz zu ziehen.

Dabei fordert die AfD eine Gesamtverkehrsplanung für die Stadt und die Umland-Kommunen verbunden mit der Bereitschaft, mehr in Verkehrsinfrastruktur zu investieren.

IV. Eine integrierte Siedlungsplanung: Zum vierten unterstützt die AfD eine integrierte Siedlungsplanung, welche Frankfurt und die Kommunen „*rund um den großen Frankfurter Bogen*“ umfasst. Auch dieses Wohnungsbaukonzept ist geeignet, die Zuzüge nach Frankfurt zu reduzieren.

V. Eine restriktivere Flüchtlingspolitik: Deutsche und EU-Ausländer können nur nach Frankfurt zuziehen, sofern sie sich dort eigeninitiativ eine Wohnung suchen und auch finden. Im Falle von Flüchtlingen und Asylbewerbern ist die Situation eine ganz andere. Diese Menschen werden der Stadt nach einem bestimmten Schlüssel zugewiesen und die Stadt ist in der Pflicht, für Unterkunft und Versorgung zu sorgen.

Seit vielen Jahren nimmt Deutschland im Verhältnis zu seiner Bevölkerung in einem Ausmaß Flüchtlinge und Armutsmigranten auf wie sonst kein anderes Land in Europa. Die finanziellen und sozialen Folgen dieser Politik treten in Frankfurt und im

ganzen Land immer deutlicher zutage, doch die etablierten Parteien wollen dies offensichtlich nicht wahrhaben.

Vieles spricht dafür, dass den etablierten Parteien in der Migrationspolitik jeglicher Realitätssinn verloren gegangen zu sein scheint. Hierfür sprechen folgende Fakten:

- Von den der Stadt seit dem Jahr 2014 zugewiesenen rund 7.400 Flüchtlingen und Asylbewerbern sind im September 2020 immer noch rund 4.900 Personen in Übergangs- oder Notunterkünften wie Containeranlagen oder Hotelunterkünften untergebracht. Dennoch beschließt die Koalition aus CDU, SPD und GRÜNEN freiwillig weitere Asylbewerber, aus dem durch Brandstiftung vernichteten griechischen Lager Moria aufzunehmen. Dies kommt einer Verhöhnung Zehntausender gleich, die in Frankfurt nach einer bezahlbaren Wohnung suchen. Zugleich zeugt es auch von einem Realitätsverlust, der sich den wirklichen Problemen Frankfurts nicht stellen will.
- Menschen mit Migrationshintergrund stellen inzwischen deutschlandweit mit 57 % die Mehrheit der Transferempfänger im Hartz-IV-System. Je höher die Migrantquote in einer bestimmten Stadt oder in einem bestimmten Stadtviertel, desto höher ist dort i.d.R. die Hartz-IV -Quote. Dies gilt vor allem dann, wenn die Migrantquote maßgeblich durch Menschen aus jenen Drittländern bestimmt wird, aus denen Zuzüge nur im Rahmen von Asyl und Familiennachzug erfolgen. So übertreffen die Türken trotz 50-jähriger Migrationsgeschichte mit 19,5 % den Wert der Deutschen um das Dreifache. Für das statistische Aggregat „nichteuropäische Asylherkunftsländer“ zeigt der BfA-Migrationsbericht September 2020 eine Hartz-IV-Quote von 58,1 %, also beinahe das Zehnfache für Deutsche.
- Hinzu kommt, dass nicht-westliche Migranten, wenn sie denn Arbeit gefunden haben, überwiegend im Niedriglohnsektor tätig sind. Aufgrund dieser Tatsache findet u.a. die erhoffte Entlastung bei der Rentenproblematik nicht statt, da geringverdienende Migranten auch bei Rentenbezug Transferempfänger sind.
- Es wundert deshalb in Anbetracht solcher Kennzahlen nicht, dass die Gruppe nicht-westlicher Migranten deutlich mehr Sozialleistungen und deutlich mehr öffentliche Güter beansprucht, als sie selbst zu deren Finanzierung beiträgt. Der damit einhergehende Wohlstandsverlust wird im kleinen Dänemark von dessen Finanzministerium offiziell auf knapp 5 Milliarden Euro beziffert. Bei uns tabuisiert der Staat dieses Thema. Es gibt aber namhafte Ökonomen (z.B. Raffelhüschen, Sinn) die den Wohlstandsverlust für Deutschland mit bis zu 100 Milliarden Euro pro Jahr veranschlagen.
- Es geht aber nicht nur um finanzielle Lasten, sondern auch um die fatalen Folgen vor allem in den Bereichen Bildung und Innere Sicherheit. Stichworte: Problemschulen, Gewaltkriminalität, Clankriminalität sowie Islamistischer Terror. Letzterer wird gerne verharmlost obwohl öffentliche Plätze und Veranstaltungen mit Betonquadern geschützt werden müssen.

Wer in Anbetracht solcher Fakten stattdessen weiterhin die ganze Welt retten will, hierzu immer nur moralisch argumentiert, die dunklen Seiten der Flüchtlingspolitik

ausblendet und stattdessen die unbedingt zu fördernde „Vielfalt“ beschwört nach der Devise „je bunter desto besser“, der ist dabei, mit einer solchen Maßlosigkeit unseren Sozialstaat zu ruinieren.

Dies gilt umso mehr, als dem Sozialstaat ohnehin die Verteilungsmasse auszugehen droht wegen der Billionen von Euro, die zusätzlich aufgewendet werden müssen

- für die Energie- und Verkehrswende,
- für das Überleben des Euro,
- für die Finanzierung der EU-Südländer im Rahmen des regulären EU-Haushalts,
- für die Finanzierung der zusätzlichen „Corona-Aufbauhilfen“ sowie
- für die Finanzierung der Überalterung der Bevölkerung.

Hier veranschlagt die Stiftung Marktwirtschaft die Lücke für Leistungsversprechen in der Renten-, Pflege- und Krankenversicherung sowie bei den Pensionen, die nicht durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau gedeckt ist, auf gigantische 8.100 Milliarden Euro.

All dies vor Augen fordert die AfD, dass sich auch die Stadt Frankfurt im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine restriktivere Flüchtlingspolitik einsetzt.

6.2 Mehr Bürgerbeteiligung und eine stärkere Gewichtung von Umweltbelangen beim Ausweis von Wohn-, Büro- und Gewerbeflächen

Das 5-Punkte Programm zur Reduzierung der Zuzüge nach Frankfurt ist geeignet, den Zuzugsdruck zumindest soweit zu reduzieren, dass auf die großflächige Umwidmung von Grünflächen und wertvollen Ackerflächen für weitere MEGA-Siedlungsprojekte wie die „Josef-Stadt“ verzichtet werden kann.

Gleichwohl wird und soll es auch unter dieser Rahmenbedingung in Frankfurt eine bauliche Weiterentwicklung geben. Ohne die bisherigen Planungsprozesse grundlegend in Frage zu stellen fordert die AfD eine noch stärkere Bürgerbeteiligung und eine noch stärkere Gewichtung von Umweltbelangen, wenn es darum geht, Wohn-, Büro- und Gewerbeflächen auszuweisen.

Der Bedarf an Wohnungen in der gesamten Rhein-Main-Region wird anhalten. Noch ist Frankfurt in der Lage, durch Arrondierung und Optimierung im Stadtgebiet Wohn- und Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen, wenn auch nur noch in begrenztem Umfang.

Bei sämtlichen Planungen für Flächennutzungen sind in jedem Fall ökologische Aspekte sorgfältig zu berücksichtigen (Frischluftschneisen, ausreichend Grün-, Freizeit- und Erholungsflächen).

Weiterhin ist bei sämtlichen Projekten auf eine frühzeitige Beteiligung der Bürger zu achten. Dies gilt vor allem dann, wenn bestehende Grün- und Freizeitflächen sowie bestehende Kleingartenanlagen ihrer bisherigen Nutzung entzogen werden sollen. Hier fordert die AfD, besonders umfassende Gutachten und sorgfältige Prüfungen bezüglich der Folgen der Bebauung. Gleichzeitig zieht die AfD sehr hohe Hürden und besteht in jedem Falle darauf, dass es eine Kompensation durch Schaffung neuer Freizeitflächen und Kleingartenanlagen gibt.

6.3 Revitalisierung der Innenstadt und von Stadtteilzentren

Die Entwicklung der Innenstadt sowie von Stadtteilzentren soll besonders gefördert werden. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept ist bei der Steuerung von Einzelhandelsinvestitionen zu berücksichtigen. In den einzelnen Stadtteilen soll eine Grundversorgung mit Lebensmittelmärkten, Bäckereien, Metzgereien und sonstigem Einzelhandel vorhanden sein. Dies gilt vor allem auch für Neubaugebiete, bei denen dieser Aspekt in der Vergangenheit oft unzureichend beachtet wurde.

Die „Amazonisierung“ der Gesellschaft stellt den Handel generell vor große Herausforderungen. Gleichwohl gilt: Letztlich entscheiden die Menschen mit ihrem Kaufverhalten darüber, dass die Innenstädte und Stadtteilzentren mit einem florierenden Handel attraktiv und lebendig bleiben. Die wohnortnahe Versorgung mit Lebensmittelmärkten, medizinischen Einrichtungen, Gastronomie und kulturellen Einrichtungen wie Bücherei und Bürgerbüro ist dabei ein wichtiger Baustein für Frequenz, die auch dem Einzelhandel zugutekommt.

Dazu zählt aber auch ein Verkehrskonzept, welches die Mobilität neu organisiert, aber dabei keinesfalls darauf abstellt, einseitig Autofahrer zu vergrämen, wenn sie beabsichtigen, in die Innenstadt zum Einkaufen zu fahren.

Die Attraktivität der Innenstadt soll durch eine Aufwertung des Areals zwischen Zeil und Mainufer gestärkt werden. Dabei sind sinnvolle Konzepte zu entwickeln, die die Attraktivität und Aufenthaltsqualität der innerstädtischen Plätze und Fußgängerzonen verbessert.

Auch die großen „Kulturprojekte“ Rekonstruktion der Paulskirche samt Neugestaltung ihres Umfeldes sowie die Vorhaben Schauspielhaus und Oper sollten einen bedeutsamen Beitrag zur Aufwertung der Innenstadt leisten.

Der umgestaltete Goethe-Rathenauplatz ist trotz Nachbesserungen immer noch ein trauriges Beispiel für die Verunstaltung innerstädtischer Plätze.

6.4 Wohnungsbau

6.4.1 Analyse Wohnungsmarkt

Der Wohnungsmarkt in Frankfurt ist aufgrund des verstärkten Zuzugs angespannt. Dies hat in der Vergangenheit in erheblichem Umfang zu Mietpreisssteigerungen und Verdrängungseffekten geführt. Der angespannte Wohnungsmarkt ist jedoch nicht nur gekennzeichnet durch ein zu geringes Angebot an Wohnungen insgesamt, sondern vor allem durch einen Mangel an günstigem Wohnraum, der auch für Normal- und Geringverdiener bezahlbar ist.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist einer der wichtigsten Gründe für den Mangel an solchen Fachkräften, die für die soziale und technische Infrastruktur der Stadt besonders wichtig sind. Dabei handelt es sich vor allem um Erziehungskräfte, Kranken- und Altenpfleger, Polizisten, Feuerwehrleute und Fachkräfte in all den anderen Bereichen der Daseinsvorsorge in einem funktionierenden Gemeinwesen.

Die in den vergangenen Jahren in Frankfurt neu entstandenen Wohnungen zählen überwiegend zum oberen Preissegment, das für Geringverdiener nicht finanzierbar ist. Verschärft wird die Situation für Geringverdiener auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt durch den dramatischen Zuzug von „Flüchtlings“, die zusätzlich

auf den Wohnungsmarkt drängen und dort mit den sozial schwächeren Frankfurtern um günstige Wohnungen konkurrieren.

6.4.2 Fokus auf bezahlbaren Wohnraum

Generell fordert die AfD bei der Schaffung von Wohnraum, auf einen angemessenen Ausgleich der Interessen von Besser-, Normal- und von Geringverdienern zu achten.

Wegen der Knappheit bei günstigem Wohnraum fordert die AfD gleichwohl, bei allen Bebauungsplänen und Wohnbauprojekten, auf die die Stadt einen direkten Einfluss hat, einen bedeutsamen Anteil an geförderten Wohnungen festzuschreiben; allerdings mit dem Ziel, einer Ghettobildung vorzubeugen.

Zugleich fordert die AfD, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften wieder verstärkt bezahlbaren Wohnraum schaffen, besonders für Personen und Familien mit geringem und mittlerem Einkommen.

Im Übrigen betrachtet die AfD das von ihr geforderte 5-Punkte Programm zur Reduzierung des Zuzugsdrucks, insbesondere die dort geforderte restriktivere Flüchtlingspolitik, zweifelsohne als einen wichtigen Beitrag, der Knappheit im Bereich des bezahlbaren Wohnraums entgegenzuwirken.

6.4.3 Favorisierung bei der Vergabe von gefördertem Wohnraum

Zusätzlich fordert die AfD eine Neujustierung bei der Vergabe geförderter Wohnungen mit dem Ziel, künftig zu gewährleisten, dass in Frankfurt in ausreichender Zahl solche Fachkräfte zur Verfügung stehen, die für die soziale und technische Infrastruktur der Stadt besonders wichtig sind. Dabei handelt es sich vor allem um Erziehungskräfte, Kranken- und Altenpfleger, Polizisten, Feuerwehrleute und Fachkräfte in all den anderen Bereichen der Daseinsvorsorge.

Sofern solche Jobs mit der in der Region heimischen Bevölkerung allein nicht besetzt werden können, dann – und nur dann (!) - fordern wir ein Konzept, welches es ermöglicht, solche Fachkräfte dadurch gezielt aus anderen Regionen nach Frankfurt zu locken, indem man ihnen in Frankfurt eine preiswerte Wohnung anbieten kann.

Dabei denkt die AfD an eine Neujustierung der Vergabep Praxis für geförderte Wohnungen: Statt nur auf Bedürftigkeit abzustellen, sollte zusätzlich ein Punktesystem zum Tragen kommen, welches die Bevorzugung der genannten Fachkräfte ermöglicht.

Weiterhin sollte für die genannten Fachkräfte die Revitalisierung des früher weitverbreiteten Konzepts der „Betriebswohnungen“ erwogen werden.

7. Verkehr

Gemäß ihrem Grundsatzprogramm steht die AfD für eine bedarfsgerechte, aber auch umweltschonende Verkehrspolitik, die dem Wirtschaftsstandort Deutschland durch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur Wettbewerbsvorteile verschafft und dabei zugleich den Bedürfnissen der Bürger Rechnung trägt. Dies frei von ideologischen Zielen, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugen oder diskreditieren. Der Staat darf im Bereich Schienen- und Radverkehr Angebote schaffen, denen die Autofahrer nicht widerstehen können. Im Vordergrund steht jedoch stets die Freiheit der Bürger in der Wahl des Verkehrsmittels. Verkehrspolitische Schikanen, Kostenerhöhungen und vernachlässigte Verkehrswege, mit denen ein Umstieg auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr erzwungen werden soll, lehnt die AfD explizit ab. Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben.

Dies vorausgesetzt fordert die AfD in Frankfurt eine Verkehrspolitik, die sich deutlich von der Programmatik vor allem der Parteien des links-grünen Spektrums unterscheidet. Dies gilt sowohl für die unter dem Slogan „Verkehrswende“ geforderte Neustrukturierung der Mobilität als auch für den Umgang mit den drohenden Dieselfahrverboten.

7.1. Neustrukturierung der Mobilität

Die AfD befürwortet eine Neustrukturierung der Mobilität mit dem Ziel, sowohl den öffentlichen Nahverkehr als auch den Radverkehr zu stärken, um die mit dem Autoverkehr einhergehende Lärm- und Emissionsbelastung zu reduzieren und zugleich die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Dabei unterscheidet sich die AfD jedoch in der Vorgehensweise grundlegend von den Parteien des links-grünen Spektrums, welche die Verkehrswende oft mit zu viel ideologischem Eifer und Aktionismus und einem Mangel an Professionalität vorantreiben wollen. Symbol für diese Art von Verkehrswende ist die aktionistische und völlig sinnfreie Sperrung der Mainkai-Uferstraße, die vor allem auf Betreiben der links-grünen Parteien zustande gekommen ist. Vieles spricht dafür, dass die Mainkai-Sperrung vor allem für die SPD als Symbolprojekt erhalten musste, um so vom Fehlen einer Gesamtstrategie abzulenken und zugleich Tatkraft vorzutäuschen mit Blick auf die „Fridays-for-Future Aktivisten“ und die Akteure vom Radentscheid.

Bekanntlich hat sich der vom Mainufer verdrängte Autoverkehr nicht reduziert, sondern er ist in die schon ohnehin überlasteten Straßen auf der Stadtseite und vor allem in Sachsenhausen ausgewichen. Dadurch hat sich die Lebensqualität Zigtausender durch Lärm, Abgase und zusätzliche Staus verschlechtert. Hinzu kommen die Leiden der Autofahrer und der finanzielle Schaden, der vor allem den im Stau steckenden Gewerbetreibenden entsteht. Nutznießer waren die wenigen Anwohner am Mainkai.

Die AfD wendet sich entschieden gegen weitere derartige Einzelmaßnahmen.

Stattdessen fordert die AfD eine Verkehrspolitik, die ein professionelles ganzheitliches Konzept verfolgt und dabei insbesondere die nachfolgenden **sechs Punkte** adressiert:

I. Verkehrswende regional und nicht nur lokal denken

Die Verkehrspolitik der AfD stellt primär auf Frankfurt ab. Zugleich steht die AfD für eine Verkehrspolitik, welche auf die Rhein-Main Region als Ganzes umfasst. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass täglich mehr als 360.000 Berufspendler nach Frankfurt fahren und darüber hinaus zigtausende Menschen fallbezogen die Metropole Frankfurt aus gewerblichen Gründen, zum Einkaufen oder wegen ihrer Freizeit- und Kulturangebote aufsuchen. Die AfD fordert deshalb bezüglich der Planung der Verkehrsinfrastruktur ausdrücklich eine enge Kooperation mit den Kommunen der Rhein-Main-Region. Dies passt zu dem im Siedlungskonzept der AfD formulierten Ziel, Berufspendlern komfortable und zeitsparende Verkehrsverbindungen anzubieten, um sie vom Zuzug nach Frankfurt abzuhalten.

II. Gesamtstrategie mit zugehörigen Maßnahmenplan

Für die Gestaltung der Verkehrswende in Frankfurt fordert die AfD eine verkehrsmittelübergreifende Gesamtstrategie inklusive eines Masterplans, der sämtliche Einzelmaßnahmen in den Verkehrsbereichen Fahrrad, Schiene, Auto, Bus, Lastwagen und so weiter in der Zeitachse abbildet. Dabei nimmt die Strategie zur Umwidmung weiterer Innenstadtfächen zur autofreien und/oder autoarmen Zone einen bedeutsamen Platz ein.

Aus der Detailplanung für die vielen Einzelmaßnahmen geht u.a. hervor, ob und in welchem Ausmaß und wo das jeweilige Einzelprojekt zur Reduzierung des Autoverkehrs beiträgt und wie sich dies gegebenenfalls in den speziellen Masterplan zur Umwidmung von Innenstadtfächen zur autofreien Zone einfügt.

III. Planungs-Software statt Verkehrsversuche

Die AfD befürwortet eine spezielle Software, welche die Konzipierung der Verkehrswende unterstützt, indem sie die Mobilität zahlenmäßig umfangreicher und differenzierter als bisher abbildet und sämtliche Informationen mit künstlicher Intelligenz verarbeitet. Ein solches Planungstool liefert mehr als die bislang verwendeten bunten Grafiken zur Verkehrsbelastung in wichtigen Verkehrsadern. Es ermöglicht vor allem, sogenannte Was-wäre-wenn-Szenarien zu simulieren und dient damit der Entscheidungsvorbereitung. Verkehrsversuche sollten sich dadurch weitgehend erübrigen, insbesondere solche, bei denen Autofahrer und Anwohner als Versuchskaninchen missbraucht werden, wie im Falle Mainkai-Sperrung.

IV. Optimierung des Verkehrsmanagements

Auch im Bereich Verkehrsmanagement fordert die AfD, stärker auf Digitalisierung und künstliche Intelligenz zu setzen mit dem Ziel, die vorhandene Verkehrsinfrastruktur effizienter zu nutzen. Das Verbesserungspotenzial ist enorm, wenn man zum Beispiel bedenkt, dass es auf den nur 2.500 Metern von der Sachsenhäuser Warte bis zur Querung des Mains insgesamt 20 Ampeln gibt, die den Straßenverkehr unkoordiniert zu sehr vielen Stopps und sehr oft auch zu langen und oftmals völlig sinnfreien Wartepausen nötigen. Durch Einsatz von intelligenten Ampelsystemen lässt sich dies ändern. Solche Systeme erfassen die aktuelle Verkehrssituation an Kreuzungen und ganzen Streckenverläufen mit Sensoren, Kameras und anderer Technik und wägen auf der Basis so gewonnener Daten die Interessen der Verkehrsteilnehmer ab, um situationsbezogen den Verkehrsfluss bestmöglich zu steuern. Das Ergebnis sind geringere Wartezeiten und damit

einhergehend weniger Schadstoffemissionen. All dies passt gut zur Forcierung des Radverkehrs, denn ein mit Nachdruck optimierter Verkehrsfluss vermag die Schlechterstellung des Autoverkehrs zumindest teilweise zu kompensieren.

Im Übrigen fordert die AfD eine Überprüfung sämtlicher Tempo-30-Zonen außer im Bereich von Schulen und Kindertagesstätten. Vielerorts verschlechtern diese lediglich den Verkehrsfluss und bewirken dadurch mehr Lärm- und Schadstoff-Emissionen, also das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung.

V. Infrastrukturinvestitionen im Bereich Straßenverkehr (Auto & Fahrrad)

Die AfD sieht die Notwendigkeit, deutlich mehr in Verkehrsinfrastruktur zu investieren. Viele der von der Stadtpolitik evaluierten Projekte werden auch von der AfD unterstützt. Dies gilt auch für die Schaffung eines sicheren und schnellen Radwegenetzes.

Gleichwohl gibt es Vorhaben, welche vor allem die Parteien des links-grünen Spektrums ablehnen, weil sie als zu autofreundlich gelten. Ohne solche ideologischen Scheuklappen unterstützt die AfD u.a. folgende Vorhaben:

- Die Untertunnelung der Berliner Straße im Kontext „autofreie Innenstadt bis zum Main“. Die Planung für eine Untertunnelung muss sofort gestartet werden. Bis zum Planfeststellungsverfahren darf es keine einspurige Verkehrsführung geben.
- Keine erneute Sperrung der Mainkai-Uferstraße ohne vorherige Untertunnelung der Berliner Straße.
- Modernisierung öffentlicher Parkhäuser in der Innenstadt und Optimierung der Parkraumbewirtschaftung durch eine Steuerung von Angebot und Nachfrage mittels künstlicher Intelligenz. Öffentliche Parkhäuser müssen nicht zuletzt im Interesse des Einzelhandels weiterhin gut erreichbar sein.
- Keine Drangsalierung der Autofahrer durch überzogene Parkgebühren, damit auch finanziell weniger gut gestellte Bürger im Stadtzentrum parken können, vor allem auch in Corona-Zeiten.
- Planung und Ausbau von Quartiergaragen in den Wohnvierteln.
- Schaffung von Park & Ride-Plätzen mit gutem ÖPNV-Anschluss am Stadtrand auf städtischem Gebiet oder in Zusammenarbeit mit Umlandkommunen mit dem Ziel, Pendler zum Umstieg auf den ÖPNV zu animieren.
- Realisierung eines alternativen Radverkehr-Hauptstraßennetzes auf anderen Routen als dem KFZ-Hauptverkehrsnetz.

VI. Infrastrukturinvestitionen im Bereich ÖPNV

Im Übrigen hat der Ausbau der Infrastruktur des ÖPNV für die AfD eine hohe Priorität. Ziel ist die Attraktivität und die Kapazität des ÖPNV sowohl auf den vorhandenen Strecken als auch durch Neubaustrecken zu steigern, nicht zuletzt mit dem Ziel, Autofahrer „freiwillig“ zum Umsteigen zu animieren.

So favorisiert die AfD die Weiterführung der U-Bahnlinie bis hinter die Sachsenhäuser Warte kombiniert mit der Errichtung eines großen Park-&Ride-Parkhauses an der Babenhäuser Landstraße. Zugleich unterstützt die AfD die

Verlängerung von U-Bahn- und Straßenbahnlinien in Nachbarkommunen, allen voran die Streckenverlängerung nach Bad Vilbel.

Innerhalb des Stadtgebietes gilt es, vorhandene Lücken zu schließen. Hier unterstützt die AfD die Schließung der U-Bahn-Lücke zwischen Bockenheim und Ginnheim mit einer Streckenführung über den Campus Westend.

Die seinerzeit versäumte Untertunnelung der U-Bahn in der Eschersheimer Landstraße sollte nachgeholt werden zu Gunsten der Lebensqualität und erhöhter Sicherheit der Anwohner, aber auch, um Platz für den Radverkehr zu schaffen, ohne die Leistungsfähigkeit dieser wichtigen Hauptverkehrsstraße für den Kfz-Verkehr einzuschränken.

Der Bau eines Fernbahntunnels und Fernbahnhofes unter dem Frankfurter Hauptbahnhof entsprechend der Planungen der Deutschen Bahn im „Deutschlandtakt 2030“ findet die volle Unterstützung der AfD. Zugleich fordern wir eine Machbarkeitsstudie für eine damit einhergehende Schaffung unterirdischer Parkflächen für Bahn-Fernreisende (analog zum Flughafen).

7.2 Dieselfahrverbote

Insgesamt ist die Belastung deutscher Städte durch NO₂ in den letzten 25 Jahren deutlich gesunken. Gleichwohl wird in nahezu allen deutschen Städten der Grenzwert von 40 Mikrogramm überschritten. In einigen Städten drohen für bestimmte Straßen Fahrverbote, so auch in Frankfurt.

7.2.1 Ursachen für das Dilemma Dieselfahrverbote

Bezüglich der Ursachen für dieses Dilemma gehen die Meinungen auseinander:

a) Es liegt am Grenzwert selbst: Die wissenschaftliche Absicherung des Grenzwertes von 40 Mikrogramm ist keineswegs gewährleistet. Gemäß den in die Grenzwerte eingeflossenen Gefährdungsannahmen müssten Raucher bereits nach wenigen Monaten an verschiedenen Erkrankungen gestorben sein. Vieles spricht dafür, dass uns „Null-Schadstoff-Illusionisten“ durch ein „Spiel über die EU-Bande“ Grenzwerte beschert haben, die vermutlich im deutschen Parlament nicht durchzusetzen gewesen wären.

Gleichwohl ist der Grenzwert 40 Mikrogramm sinnvoll, solange dieser in erster Linie als Zielwert zu verstehen ist, um damit Druck auf jene auszuüben, die für die Umsetzung von Luftreinhalteplänen verantwortlich sind.

Zweifel sind jedoch erlaubt! Eine Schwarz-Weiß-Malerei ist zu unterlassen! Vor allem dann, wenn versucht wird, eine Dieselpanik zu erzeugen oder bevormundende Mobilitätskonzepte zu begründen, so wie wir es von links-grüner Seite gewohnt sind.

b) Es liegt an der Schadstoffmessung:

Fakt ist, dass die Platzierung von Luftmessstationen in den EU-Ländern sehr unterschiedlich erfolgt mit erheblichen Auswirkungen auf die Messergebnisse. Es gibt Indizien dafür, dass Deutschland mal wieder als „Musterknabe“ dastehen will.

c) Es liegt an der Schadstoffbekämpfung:

Seit die NO₂-Grenzwerte und die gesetzten Fristen gelten, hat sowohl die Autoindustrie als auch die Politik jeder auf seine Art versagt:

- Die Industrie, da sie ihre Motoren nur auf dem Prüfstand, aber nicht auf der Straße sauber machte.
- Die Politik, weil auch sie nicht dafür sorgte, dass die Auto-Abgaswerte in der Praxis eingehalten werden.
Besonders ärgerlich: Jahrelang priesen Hersteller und Politik Diesel-PKW wegen ihres geringen Spritverbrauchs und geringen CO₂-Ausstoßes als besonders umweltfreundlich an und honorierte sie sogar mit Steuervorteilen.
Weiterhin hat die Politik zu wenig getan, um mittels anderer Maßnahmen die Luftqualität zu verbessern. So zum Beispiel: Eine kluge Steuerung des Lieferverkehrs, mehr grüne Wellen, mehr Geld für ÖPNV und Radwege, Forcierung von wasserstoffbetriebenen Bussen, Erhalt und Ausbau von Grünflächen.

7.2.2 Umgang mit dem Dilemma Dieselfahrverbote

Da Dieselfahrverbote über 15 Millionen Dieselfahrzeuge – davon über 60.000 in Frankfurt zugelassene - tangieren, die sämtliche ordnungsgemäß zertifiziert und zugelassen wurden, trifft Dieselbesitzer an dem Diesel-Debakel keinerlei Eigenschuld. Deshalb sieht die AfD die Politik in der Pflicht, von den Dieselbesitzern Schaden abzuwenden.

Konkret fordert die AfD folgende Schritte:

- I. Die Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, um großflächige Fahrverbote zu verhindern. Vor allem die etablierten Parteien sind diesbezüglich in der Pflicht, da diese mit ihrer grünen Ideologepolitik die Rechtslage herbeigeführt und zugleich „Autohassern“ wie der Deutschen Umwelthilfe ein Klagerecht eingeräumt haben.
- II. Die Überprüfung sämtlicher Messstationen, ob diese tatsächlich nach EU-Vorschrift platziert sind. Nachweislich ist dies in vielen Städten nicht der Fall..
- III. Die Einflussnahme auf die Bundesregierung und auf EU-Parlamentarier mit dem Ziel, auf eine wissenschaftliche Überprüfung des 40-Mikrogramm-Grenzwertes zu drängen.
- IV. Die Verhinderung von Fahrverboten durch Ausschöpfung sämtlicher sonstiger Optionen zur Luftverbesserung. Beispiele wurden bereits genannt.

Im Übrigen steht die AfD auf Bundes- und Landesebene weiterhin hinter der Dieseltechnologie und an der Seite der Dieselfahrer, die von grüner Ideologepolitik bedroht sind.

Deutschland hat bei der Dieseltechnologie einen technologischen Spitzenplatz, den es zu erhalten und auszubauen gilt. Wir können es uns nicht leisten, nach der Abschaffung der einst führenden Atomindustrie nun auch noch unseren Spitzenplatz in der Diesel- bzw Autoindustrie wissentlich zu gefährden.

Dieselmotoren haben das Potential, sowohl beim Ausstoß von CO₂ als auch beim NO₂ mit niedrigsten Werten zu überzeugen. Bereits bei der Abgasnorm Euro 6d wird dies unter Beweis gestellt.

8. Kultur

Frankfurt kann auf ein reichhaltiges Kulturangebot schauen, das mit Blick auf den Tourismus auch einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellt. Das Kulturangebot ist daher ein Kernpunkt der Attraktivität Frankfurts. Wir unterstützen den kulturellen Bereich, fordern aber eine kritische Überprüfung der Ausgaben.

8.1 Stärkere Kontrolle der kulturpolitischen Förderpolitik

Wir haben den Anspruch, Kultur zu erhalten und zu fördern, aber gleichzeitig auch auf die Ausgaben zu schauen. Die kulturpolitische Förderpolitik der Stadt Frankfurt muss daher in den Fokus gerückt werden. Kultureinrichtungen sollten insbesondere nicht der politischen oder ideologischen Einflussnahme dienen. Es muss daher evaluiert werden, was und in welchem Umfang gefördert wird. Subventionen sind somit offenzulegen.

8.2 Finanzierung der Frankfurter Oper und des Schauspielhauses

Gleichwohl wir einen historisierenden Neubau des Schauspielhauses favorisieren, ist zu diskutieren, ob sich Frankfurt angesichts knapper Haushaltskassen künftig sowohl ein Theater als auch ein Opernhaus leisten können wird, zumal sich in regionaler Nähe alternativ die Staatstheater in Wiesbaden und in Darmstadt befinden.

Die für Theater und Oper notwendige Finanzierung kann von der Stadt Frankfurt allein nicht mehr uneingeschränkt geleistet werden. Die städtischen Bühnen sind ferner nicht das einzige - vor der Renovierung oder Sanierung stehende - kostenintensive Projekt der Stadt. Zu nennen sind hierbei der Zoo, das Zoo-Gesellschaftshaus, der Bolongaropalast sowie die Paulskirche.

Bereits jetzt werden Opernkarten in Deutschland im Schnitt mit 100 Euro subventioniert. Gerade in Zeiten von Corona, in der Gewerbesteuereinnahmen rückläufig sind, müssen daher zusätzliche Finanzierungsquellen für den Kulturbereich gefunden werden. Hier haben wir als Partei bereits mit unseren Anträgen an den Magistrat einige Vorschläge eingebracht, in denen wir eine Mitfinanzierung des Landes - gerade bei Großprojekten mit Millionenbeträgen - einfordern.

Wir halten daher staatliche Kultursubventionen für unumgänglich, möchten diese jedoch zukünftig verstärkt durch gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerliche Kulturinitiativen unterstützt wissen. Eine weitere Überlegung sollte auch die Privatisierung bestimmter kultureller Einrichtungen sein. Ein bekanntes Beispiel dafür ist das Städel mit seinem Förderverein.

8.3 Die Zukunft der Paulskirche

Auch die Paulskirche ist renovierungsbedürftig. Das Dach, das nicht mehr die Kuppel des originalen Baus trägt, muss saniert werden. Im Zuge anstehender Sanierungen plädieren wir dafür, die Paulskirche so architektonisch zu restaurieren, dass sie dem

Originalbau aus dem 19. Jahrhundert ähnelt. Die 1948 wiedereröffnete Kirche zeigte sich damals stark verändert. Statt ihres charakteristischen Spitzdachs trägt sie nun eine flache kupferne Kuppel. Auch im Innern war die umlaufende Empore nicht wiedererrichtet worden, sodass der Raum nun durch seine düstere Leere Ruinencharakter ausstrahlt.

Dies war nicht nur dem Wunsch geschuldet, die Paulskirche solle demütig an den Neubeginn nach 1945 erinnern, sondern auch der Tatsache, dass es seinerzeit an Geld und Baumaterial fehlte. Wir möchten jedoch mit Hochachtung an den Demokratieranlauf von 1848 erinnern und die Geschichte der deutschen Demokratie für Nachgeborene erfahrbar machen.

Eine historisch korrekte Wiederherstellung des Innenraums halten wir daher für angemessen.

8.4 Notwendigkeit zu ausgewogenen Gehältern im Kulturbereich

Nicht zuletzt ist das Opern- und Schauspielgewerbe aufgrund hoher Personalkosten im Intendantenbereich kostspielig. Wir fordern daher eine Offenlegung der Gehälter von Chefdirigenten und Intendanten sowie eine stärkere Anlehnung der Gehälter an Erfolgskriterien, da nicht nachvollziehbar ist, wie diese zustande kommen.

8.5 Talentförderung

Wir halten es für wichtig, junge aufstrebende Theater- und Kunsttalente zu fördern, die Kultur ohne ideologische Scheuklappen betreiben wollen.

Um die kulturelle Identität der Region zu stärken, möchten wir darüber hinaus auch kleinere Frankfurter Bühnen wie das Frankfurter Volkstheater, die fliegende Volksbühne und weitere Mundartprojekte unterstützen.

8.6 Kultur ist mehr als Theater und Oper

Der Kulturbegriff umfasst nicht nur Museen, Theater oder die Oper. Auch Anlagen wie der Frankfurter Zoo sind Teil des kulturellen Angebots der Stadt Frankfurt und müssen renoviert werden. Im Rahmen einer Neuausrichtung unter dem Projekt „Zookunft2030+“ sieht der Zoo den Bau von zwei großen Hallen samt Freigeländen an den Außenrändern des Areals vor. Schlüsselement der geplanten Neuausrichtung und Bauten soll die Kooperation mit der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF) sein. Im Vergleich zur Oper oder dem Schauspielhaus, deren beider Zuspruch seitens der Bevölkerung immer mehr schwindet, kann der Zoo jedoch auf doppelt so hohe Besucherzahlen wie Oper und Schauspiel zusammen blicken.

Dies sollte ebenfalls in die Überlegungen zur Finanzierung des Schauspielhauses einfließen. Daher sollte eine Evaluation der Besucherzahlen bei den anstehenden Bauprojekten unbedingt berücksichtigt werden.

8.7 Denkmalschutz

Ein wichtiges Thema sehen wir auch im Denkmalschutz nationaler und historischer Gedenkstätten, die aus geschichtlicher Verantwortung heraus gepflegt und geschützt werden müssen. Zu nennen sind z. B. die Staufeuuauer, der Escheuheimer Turm, die Hauptwache, das Hessendeukmal sowie die vielen Denkmäler von Goethe, Gutenberg und Schiller. Etliche Bürger engagieren sich freiwillig, um auf dem Hauptfriedhof als Grabpaten denkmalgeschützte Gräber zu pflegen und zu restaurieren. Wir begrüßen dieses wichtige Engagement der Bürger für den Denkmalschutz und setzen insbesondere in Zeiten von Umbenennung oder Beschädigung von Denkmälern auf das Bewahren und Pflegen unserer historischen Denkmäler.

9. Zuwanderung und Integration

Die Fluchtbewegungen des 21. Jahrhunderts können nicht durch Aufnahme der Menschen in Europa und Deutschland bewältigt werden. Die bisherige Politik der weitgehend offenen Grenzen droht den Sozialstaat - auch auf kommunaler Ebene - finanziell zu überfordern. Hinzu kommen die fatalen Folgen vor allem im Bereich Bildung und Innere Sicherheit.

Die AfD fordert deshalb eine restriktive Flüchtlingspolitik und macht die dauerhafte Aufnahme von Menschen von deren Bereitschaft und auch Fähigkeit zur Integration abhängig.

Dabei gestaltet sich Integration erfahrungsgemäß umso schwieriger, je größer die kulturelle Distanz zur Mehrheitsgesellschaft ist. Im Kampf gegen segregierte Parallelgesellschaften betrachten wir daher eine sprachliche und kulturelle Assimilation als zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Unabdingbar ist hierbei insbesondere die Kenntnis der deutschen Sprache. Alle Integrationsmaßnahmen müssen sich deshalb am Leitbild der Assimilation orientieren.

9.1 Frankfurt am Main - eine internationale Stadt

In Deutschland gibt es viele Menschen mit unterschiedlichen Wurzeln, die einen positiven Beitrag für unser Land leisten. Eine gewisse Internationalität in Forschung, Wissenschaft, Kultur und Tourismus zeichnet insbesondere Frankfurt am Main aus. Das zeigt sich auch in den Zahlen: So waren Menschen aus 178 der 197 Staaten zum Ende des Jahres 2019 in Frankfurt am Main gemeldet. Dies entspricht etwa 90 Prozent der Länder der Welt. Mittlerweile stellen in Frankfurt am Main Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund die Mehrheit der Einwohner. Die Ansicht, jede Form der Zuwanderung sei aus sich heraus ein Gewinn hat sich jedoch als Irrtum erwiesen. Hier wird es daher künftig darum gehen müssen, den sozialen und kulturellen Dynamiken, die durch diese drastische Einwanderung entstehen, mehr kritische Aufmerksamkeit zu widmen und den wichtigen Diskurs um misslungene Integration und die Belastung unserer Sozialsysteme anzustoßen. Dieser Aufgabe möchten wir uns als AfD auch auf kommunaler Ebene widmen.

9.2 Eine Arbeitsmarktbeteiligung von 50 Prozent ist keine Integration.

Eine Integration zum wirtschaftlichen und sozialen Wohle unserer Stadt darf nicht mit einer Massenmigration von Menschen verwechselt werden, die oft kaum (aus)gebildet respektive alphabetisiert sind. Dabei werden viele Migranten zum Sozialfall, da die Leistungen nach dem Arbeitslosengeld II, die ihnen ohne eine adäquate Bedürfnisprüfung zuerkannt wird, höher ist als eine mit Mindestlohn bezahlte Tätigkeit.

Bundesweit beziehen 53 Prozent aller erwerbsfähigen Asylbewerber laut aktueller Zahlen der Bundesagentur für Arbeit das Arbeitslosengeld II, besser bekannt als Hartz4. Die Quote unter Syrern liegt bei 70 Prozent und übersteigt damit alle anderen Einwanderergruppen mit Asylstatus. Sehr hoch ist laut Bundesagentur für Arbeit aber auch die Arbeitslosenquote bei Irakern mit 50 Prozent, gefolgt von Eritreern (45%),

Afghanen (44%) und Iranern (30%). Deutschland ist dabei gerade wegen seines großzügigen Sozialsystems und der entsprechend hohen Steuer kein Zielgebiet für Hochqualifizierte und Fachkräfte aus Ländern mit einem hohem Bildungsstand.

Um eine bessere Arbeitsmarktbeteiligung zu ermöglichen, möchten wir in Frankfurt insbesondere die Arbeitsintegration von Pflegekräften erleichtern und fordern öffentlich finanzierte Sprachkurse für ausländisches Pflegepersonal. Angesichts der Bezahlung für Pflegekräfte und der Lebenshaltungskosten in Frankfurt sind die dringend benötigten Pflegekräfte nämlich kaum in der Lage, Kosten für eine weitere sprachliche Qualifikation selbst aufzubringen. Die Stadt Frankfurt sollte daher diese Kosten übernehmen und die Lernfortschritte dazu laufend parallel evaluieren.

9.3 Assimilation als Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration

Es ist kaum möglich, Integration ohne Assimilation zu betrachten. Findet zu wenig Assimilation statt, bilden sich Parallelgesellschaften, in denen Migranten die Normen und Werte ihrer Herkunftsländer weitergeben, anstatt diejenigen der neuen Heimat zu übernehmen. Dies führt dazu, dass eine Gesellschaft langfristig erodiert. Eine Gesellschaft kann langfristig daher nur funktionieren, wenn die Mitglieder gemeinsame Normen und Werte teilen, die meist durch Familien oder soziales Umfeld angelegt werden. Dabei sind insbesondere die Sprache des Landes und kulturelle Traditionen wichtige Elemente bei der gemeinsamen Identifikation. Kultur hat jedoch viel mit Emotionen zu tun und ist daher keine Sache des reinen Verstandes. An dieser Stelle ist insbesondere die Alltagskultur gemeint, die durch Sozialisation bereits im Kindesalter angelegt wird. Da sie bereits ab dem Elternhaus über Rituale und alltägliche Erfahrungen verankert wird, ist sie nur schwer in einem Integrationskurs zu erlernen.

Die aktuelle Integrationspolitik, in der sich neue Generationen jedoch meist eher mit der Kultur der Heimat verbunden fühlen, kann als misslungen betrachtet werden. Dabei gibt es bereits zahlreiche Förderprogramme, die zur Verbesserung der Integrationsleistung beitragen sollen. Im vergangenen Jahr gingen beispielsweise rund 7,5 Milliarden Euro mit direktem Bezug zu Flüchtlingen an die Bundesländer, um u.a. die Unterbringung sowie Integrationskurse zu finanzieren.

9.4 Der Multikulturalismus ist gescheitert

Die Symbiose aus überbordendem Sozialstaat und multikultureller Integrationspolitik hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass auf Migranten kaum Druck ausgeübt worden ist, sich initiativ die deutsche Sprache und Kultur anzueignen. Sprachdefizite, eine niedrige Arbeitsmarktbeteiligung, starke Segregation sowie eine vergleichsweise hohen Kriminalitätsrate unter Migranten sind die wesentlichen Gründe für Integrationsdefizite. Im linksliberalen Meinungsdiskurs werden die Ursachen für Integrationsprobleme jedoch vor allem auf eine Integrationspolitik zurückgeführt, die die Heimatkultur der Migranten nicht ausreichend anerkennt. Die Orientierung auf die Herkunftskultur der Migranten muss aber kritisch hinterfragt werden. Sie bedarf nämlich keiner Förderung, da sie sich von selbst ergibt. Vielmehr

ist eine politische Gegensteuerung notwendig, da sonst Parallelgesellschaften entstehen, wenn die Einflüsse des Heimatlandes zu stark werden.

Der Integrationsbegriff gründet ferner auf der falschen Vorstellung, die Alltagskultur sei zu vernachlässigen. Es ist jedoch die Alltagskultur, in der Normen und Werte implementiert sind und die bestimmen, was wir mögen oder ablehnen. Diese Emotionen können nicht kurzfristig in Integrationskursen geändert werden. Deshalb werden viele Integrationsbemühungen scheitern, da Integration nur dann gelingen kann, wenn die neue Alltagskultur „gefühl“ wird. Migranten müssen daher bereit sein, die deutsche Sprache zu erlernen, sich sozial und gesellschaftlich in die Mehrheitsgesellschaft einzufügen und die freiheitliche Kultur zu akzeptieren. Dazu muss insbesondere die Unterordnung des Islams unter die Menschenrechte gelten.

9.5 Für ein wirtschaftlich und sozial stabiles Frankfurt am Main

Im Zuge der zunehmenden weltweiten Wirtschaftskrise wird sich der Migrationsdruck noch steigern. Die Masseneinwanderungen von Gruppen, die aufgrund ihrer Herkunftskultur größtenteils auch nach vielen Generationen weder wirtschaftlich noch kulturell integriert sein werden, stellen auch Frankfurt vor Herausforderungen.

Massive Probleme ergeben sich beispielsweise aus der Anzahl der Asylbewerber und Flüchtlingen, die die Unterbringungs- und Versorgungskapazitäten der Kommunen bei weitem überfordern. Unabhängig hiervon sind auch die finanziellen Mittel der Kommunen beschränkt, da Bund und Länder in keinem Fall die Gesamtkosten der Zuwanderung übernehmen. Zusätzliche finanzielle Mittel sind nur durch zusätzliche Schuldenaufnahme, höhere Steuern und Abgaben oder Einschränkungen kommunaler Leistungen bereitzustellen.

9.6 Orientierung der Integrationsmaßnahmen am Leitbild der Assimilation

Das uneingeschränkte Bekenntnis zu den Wertefundamenten unserer Gesellschaft auf Basis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das Erlernen der deutschen Sprache sowie das Bestreiten des eigenen Lebensunterhalts erachten wir als notwendige Basis für eine gelungene Integration. Wie dargelegt, reicht es hierbei nicht aus, auf einen Verfassungspatriotismus zu verweisen. Eine kulturelle Integration ist ebenfalls zwingend notwendig. Alle Integrationsmaßnahmen müssen sich daher am dargestellten Leitbild der Assimilation orientieren.

10. Umwelt

Die AfD will Umweltschutz statt Klimaschutz. Aufgabe der Stadt ist es, die Lebensqualität der Bürger vor Ort zu erhalten und zu verbessern.

Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für die Bürger und elementar für die Lebensqualität in Frankfurt. Umweltschutz darf dabei jedoch nicht zu Lasten der Menschen gehen.

Der politische Anspruch, einen Klimawandel durch städtische Maßnahmen aufhalten zu wollen, zeugt von einer anmaßenden Selbstüberschätzung Frankfurter Kommunalpolitiker. Eine städtische Klimapolitik dient der subjektiven Befriedigung links-grüner Befindlichkeiten und ideologisch aufgeladener Lobby-Gruppen wie „Fridays-for-Future“, hat aber keinerlei tatsächliche Auswirkungen auf das Klima.

Aufgabe der Kommunalpolitik ist es auch nicht, die Welt zu retten, sondern die Lebensqualität der Frankfurter Bürger sicherzustellen.

Sinnvoll ist es somit sehr wohl, sich den klimatischen Veränderungen durch geeignete Maßnahmen anzupassen; insofern befindet sich Frankfurt mit dem städtischen Förderprogramm „Frankfurt frischt auf“ im Rahmen der Klimaanpassungsstrategie der Stadt Frankfurt auf dem richtigen Weg. Dieses Programm ist kontinuierlich zu evaluieren und anzupassen.

Die AfD unterstützt alle umweltpolitischen Maßnahmen, die zu einer Verbesserung des Mikroklimas in Frankfurt beitragen. Dazu gehören z.B. Maßnahmen zur Begrünung und Flächenentsiegelung. Ganz besonders sind aber hier die städtischen Frischluftschneisen hervorzuheben. Diese sind zu bewahren und dürfen nicht „zugebaut“ werden – so wie in unserem Siedlungskonzept dargelegt.

Die Stadt Frankfurt möchte, wie dies im „Masterplan 100% Klimaschutz“ beschlossen wurde, bis zum Jahr 2050 eine Reduzierung des Energiebedarfs gegenüber 2010 um mindestens 50 Prozent sowie eine Deckung des Restenergiebedarfs aus lokalen und regionalen erneuerbaren Energien. Die ideologische Fixierung auf nicht grundlastfähige sogenannte „erneuerbare Energien“ lehnt die AfD ab. Frankfurt entwickelt sich gerade zur „Hauptstadt der Rechenzentren“. Der damit verbundene Energiebedarf kollidiert mit den selbstgesteckten Zielen des Masterplans. Auch hier trifft Ideologie auf Realität.

Alle Maßnahmen der Frankfurter Kommunalpolitik im Bereich Umweltschutz müssen ideologiefrei und auf das Interesse der Frankfurter Bürger ausgerichtet sein. Es gilt, die Lebensqualität in der Stadt Frankfurt zu verbessern.

Die vorhandenen Grünflächen sollen erhalten und – soweit erforderlich – qualitativ verbessert werden. Der Grüngürtel ist zu schützen und darf in seiner Substanz nicht verändert werden.

Zur städtischen Lebensqualität gehört nicht nur eine gesunde, sondern auch eine saubere Umwelt. Gerade hier hat sich Frankfurt in den letzten Jahren stark zum Negativen verändert. Die Vermüllung des öffentlichen Raumes ist mittlerweile für viele Bürger ein nicht länger hinnehmbares Ärgernis. Appelle und Kampagnen wie *#cleanffm* haben sich als ungeeignet erwiesen, diesem Problem Herr zu werden.

Die AfD Frankfurt am Main fordert daher:

- für "Müllsünder" einen Bußgeldkatalog mit hohen Bußgeldern zu erstellen,
- Verstöße gegen das Verbot, Müll auf öffentlichen Flächen zu entsorgen, konsequent zu verfolgen.

11. Gesundheit

Für die AfD ist die Gesundheit der Bevölkerung ein zentrales Element der kommunalen Daseinsvorsorge. Die AfD fordert daher, dass die Stadt Frankfurt alles unternimmt, um im Rahmen ihrer Möglichkeiten die plurale Krankenhaus- und Pflegeeinrichtungslandschaft zu erhalten und auszubauen. In der Suchtprävention und Drogenhilfe muss mehr unternommen werden, um gefährdete Menschen nicht in Abhängigkeit geraten zu lassen und Suchtkranken besser zu helfen. Der Einfluss der Stadt Frankfurt darf auch nach der Fusion der Höchster Kliniken mit den Hochtaunuskliniken nicht geschmälert werden, so dass das Höchster Krankenhaus ein Ort der Maximalversorgung im Frankfurter Westen bleibt.

11.1 Stärkung der medizinischen Infrastruktur

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung im stationären Bereich ist durch die zunehmende Kommerzialisierung der Krankenhäuser gefährdet. Ebenso ist die ambulante kassenärztliche Versorgung in manchen Stadtteilen unzureichend. Die AfD fordert daher eine bessere Vernetzung mit den Krankenhäusern und Gesundheitsämtern sowie eine weitergehende Entbürokratisierung des Gesundheitsbetriebes. Ziel muss die Aufrechterhaltung und Bettenkapazität der verschiedenen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen im Frankfurter Stadtgebiet sein. Dazu gehört auch, dass die Digitalisierung der Gesundheitsämter gerade in Zeiten von Corona dringend ausgebaut wird.

Überlegungen, dass jedes Krankenhaus ohne Defizit betrieben werden kann, da die Leistungen durch die Krankenkassen honoriert werden, sind aus verschiedenen Gründen falsch. Zum einen müssen Krankenhäuser der Maximalversorgung alle Patienten übernehmen, die von anderen Krankenhäusern geringerer Versorgungsstufen überwiesen werden. Meist handelt es sich dabei um Patienten, deren Behandlungskosten durch die Fallpauschale nicht gedeckt werden können. Hinzu kommt, dass Krankenhäuser der Maximalversorgung neben der – ungenügend honorierten – Patientenversorgung Aufgaben in der Aus- und Weiterbildung von Ärzten und Pflegepersonal übernehmen, die von den Krankenkassen ebenfalls nicht honoriert werden, weil es sich dabei um gesamtgesellschaftliche Aufgaben handelt.

Daher können auch Krankenhäuser, die sich an dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe beteiligen, nicht kostendeckend arbeiten – im Gegensatz zu privaten Krankenhäusern, die sich an dieser Aufgabe nicht beteiligen. Vom Grundsatz her ist daher auch die Bezuschussung eines Krankenhauses der Maximalversorgung, wie das in Höchst, durch eine Kommune gerechtfertigt.

Zur Verbesserung der kassenärztlichen Versorgung könnte die Stadt Frankfurt beispielsweise auch die Niederlassung von Ärzten in unterversorgten Stadtteilen fördern (z.B. durch preisgünstige Überlassung von Räumen) oder freie Kassenarztsitze kaufen und in ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) einbringen. Dadurch könnten Engpässe wie der im neuen Stadtteil Riedberg geschlossen werden.

11.2 Pandemie- und Kontingentplanung in Zeiten von Corona

Pandemiepläne gilt es schneller zu entwickeln und regelmäßig auf die aktuellen Entwicklungen anzupassen. Freiheitseinschränkende Maßnahmen müssen regelmäßig auf ihre Verhältnismäßigkeit und Zweckmäßigkeit hin überprüft werden. Gerade in Zeiten von Corona ist eine gut organisierte Kontingentplanung unumgänglich. Sie ist die Voraussetzung für funktionierende Pandemiepläne und die Aufrechterhaltung der Gesundheit aller auch in Krisenzeiten.

11.3 Der ‚Frankfurter Weg‘ in seiner bisherigen Form ist gescheitert und muss neu gedacht werden

Die Zahl der Suchtkranken und Drogenabhängigen – insbesondere der Crack- und Heroinabhängigen – ist unverändert hoch, sogar ansteigend. Eine Zunahme der Drogenkranken konnte insbesondere aufgrund der seit 2016 vermehrt nach Frankfurt gelangten Dealer und Kriminellen festgestellt werden. Die Corona-Krise mit ihren Kontaktbeschränkungen erschwert das Aufsuchen der Konsumräume durch drogenabhängige Menschen.

Es ist daher unumgänglich, dass der Weg der Prävention und Hilfe für Suchtkranke stärker als in der Vergangenheit von repressiven polizeilichen Maßnahmen begleitet wird. Etwa 1.000 Festnahmen im Bahnhofsviertel in einem Zeitraum von Juni bis Oktober 2020 sind nicht unbedingt ein Indikator für eine gut funktionierende Kriminalitätsbekämpfung. Zumeist werden ‚nur‘ Platzverweise oder Verwarnungen ausgesprochen. Es gilt vielmehr, die das Bahnhofsviertel mit billigen und zumeist ‚gepanschten‘ Drogen versorgenden Kriminellen dingfest zu machen und damit die öffentliche Sicherheit und Ordnung aller in diesem Viertel wieder herzustellen. Die Verlegung gewisser Drogenhilfeeinrichtungen aus dem Bahnhofsviertel heraus darf und sollte beim Kampf gegen die Drogenmafia kein Tabu sein. So gibt es keine nachvollziehbaren Gründe, weshalb die Bewohner des Bahnhofsviertels hier schlechter gestellt werden sollen als z.B. jene im Nordend.

11.4 Suchtprävention insgesamt verbessern

Es gibt zwar Programme für Drogenabhängige, jedoch wird der Suchtprävention immer noch zu wenig Beachtung geschenkt. Diese ist eine wichtige kommunale Aufgabe und umfasst alle vorbeugenden Maßnahmen, die auf die Verringerung des Konsums von Suchtmitteln zielen. Hierbei geht es nicht nur um illegale Drogen, sondern im weitesten Sinne auch um Substanzen, die in der Lage sind, eine Abhängigkeit zu erzeugen – also auch um Glücks- und Computerspiele.

Im Rahmen der Suchtprävention ist es sehr wichtig, Aufklärung und Informationen bereits bei Kindern und Jugendlichen zu vermitteln. Der Magistrat der Stadt Frankfurt hat die Suchtprävention bislang zu inkonsequent betrieben. Hier gilt es neue und effektivere Ansätze zu entwickeln.

12. Sport

Die AfD fordert, kommerzielle profitorientierte Sportgroßereignisse nicht zusätzlich aus Steuermitteln zu subventionieren. Die Sportinfrastruktur für den Breitensport ist dem zunehmenden Bedarf anzupassen und die Sportvereine sind angemessen zu unterstützen.

12.1 Fokus auf Vereins- statt Profisport

Der organisierte Sport in Frankfurt hat derzeit mehr als 230.000 Mitglieder (Stand 2019). Es existieren 430 Turn- und Sportvereine. Frankfurt hat eine sportliche Vielfalt zu bieten wie kaum eine andere Stadt in Deutschland. Diese gilt es zu erhalten.

Aus dem Sportetat der Stadt Frankfurt werden jedoch zahlreiche kommerzielle Prestige-Veranstaltungen finanziell unterstützt, die der Bevölkerung keinen Nutzen bringen. Begründet wird dies vom Magistrat mit dem angeblichen „Prestigegewinn“ für die Stadt. Beispiele: Fußball-WM, Olympia-Bewerbung, Ironman, Radrennen u.a.

Die AfD fordert, kommerzielle profitorientierte Sportgroßereignisse nicht zusätzlich aus Steuermitteln zu subventionieren. Dagegen muss der Breiten- und Vereinssport verstärkt gefördert werden. Gerade in Sportvereinen zeigt sich bürgerschaftliches Engagement wie in kaum einem anderen Bereich. Daher ist es der AfD Frankfurt wichtig, dieses bürgerschaftliche Engagement nicht durch überbordende Bürokratie einzuschränken. Die Verwaltung eines Vereins muss weiterhin ehrenamtlich zu leisten sein. Daher sind Vereine so viel wie möglich von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten. Diese entstehen z.B. durch die Beantragung von Beitrags-Bezuschussung von sozial schwachen Mitgliedern, den Zuschuss für die Platzpflege oder den Getränkeverkauf bei Heimspielen. Hier schlagen wir vor, dass Sportdachverbände vermehrt die durch sie vertretenen Vereine durch ihre hauptamtlichen Beschäftigten bei der Vereinsverwaltung unterstützen.

Die Corona-Pandemie hat viele Sportvereine in eine kritische Lage gebracht und zu Einnahmeausfällen geführt, die einige Vereine an den Rand des Ruins geführt haben. Hier ist zu überprüfen, inwieweit die Stadt dazu beitragen kann, die Existenz dieser Vereine zu sichern.

12.2. Erhalt und Ausbau der Sportinfrastruktur

Die Sport-Infrastruktur der Stadt Frankfurt ist derzeit noch als gut zu bezeichnen. Damit dies auch so bleibt, sollte jedoch nicht der gleiche Fehler wie bei der Schulinfrastruktur begangen werden. Rechtzeitige Investitionen in den Ausbau und Erhalt von Sporthallen, Sportplätzen und Schwimmbädern verhindert, dass es hier wie bei den Schulen zu einem Investitionsstau kommt.

Wir fordern ferner, dass die Sportinfrastruktur, wie die Schulen, mit der Zunahme der Bevölkerung und der damit verbundenen größeren Nachfrage Schritt halten muss. Die Stadt soll hierbei Vereine bei ihren eigenen Bauvorhaben – wenn möglich - finanziell unterstützen. So entsteht von Beginn an eine stärkere Bindung der Nutzer mit „Ihrer“ Halle. Auch ist zu prüfen, inwiefern Schulturnhallen verstärkt durch Sportvereine als Sportflächen genutzt werden können.

Gerade die Aktivitäten von Sportvereinen sind enorm wichtig für die Gesundheit der Bevölkerung und den sozialen Zusammenhang. Sportvereine erfüllen wichtige Aufgaben in der Integration von Zuwanderern. Dies gilt jedoch nur, wenn diese Sportvereine sich nicht nach ethnischen Zugehörigkeiten definieren. Diese Vereine bewirken Segregation statt Integration.

13. Verwaltungsreform und Bürgerbeteiligung

Politik hat auf kommunaler Ebene meist unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Bürger. Umso wichtiger empfinden wir es, den Frankfurter Bürgern einen transparenten Zugang zu ihr zu ermöglichen. Wohlwissend, dass eine Bürgerbeteiligung eine gute kommunale Infrastruktur voraussetzt, begrüßen wir daher sowohl eine zukunftsfähige und effiziente Verwaltung als auch eine stärkere Bürgerbeteiligung.

13.1 Die Verwaltung effektiver und zukunftsfähig machen

Die AfD fordert die städtische Verwaltung bestmöglich auszustatten und eine moderne IT für die Bediensteten zur Verfügung zu stellen. Aber auch Onlineservices für die Bürger müssen im Rahmen von E-Government ausgebaut und noch mehr als in der Vergangenheit kundenfreundlich gestaltet werden. In diesem Zusammenhang ist auch die für die Verwaltung gültige ‚Allgemeine Geschäftsanweisung‘ (AGA) endlich an die neuen Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts anzupassen.

13.2 Bürgerbeteiligung erleichtern

Unser Verständnis von Partizipation umfasst - neben unterschiedlichen Formen der Bürgerbeteiligung - auch Formen direkter Demokratie, eine moderne Ausgestaltung der repräsentativen Willensbildung sowie eine Belebung der politischen Diskussionskultur ohne ideologische Scheuklappen.

Wir möchten uns dafür einsetzen, dass die direktdemokratische Einbindung der Frankfurter in Entscheidungen mit weitreichenden Auswirkungen für die Stadt verbessert wird. Möglichkeiten der Einflussnahme durch Verbände und andere Lobbyisten – z. B. aus dem Bereich der Sozialwirtschaft – werden wir hingegen kritisch prüfen. Wie bereits unter Kapitel 6.2 angeführt, fordern wir insbesondere eine stärkere Bürgerbeteiligung, wenn es um die Ausweisung von Wohn-, Büro- und Gewerbeflächen geht. Dabei möchten wir auch auf eine frühzeitige Beteiligung der Bürger achten und uns bereits im Vorfeld von Entscheidungsfindungen für eine größere Transparenz von politischen Prozessen und Themen starkmachen.